Rote Flora im Dezember

3.12. Infoveranstaltung mit anschließender **Solidisco: 'Für eine Gesellschaft ohne Knäste'** 19 Uhr: Film 'Komplizinnen'. 21 Uhr: Die Anti-Knast-Werkstatt aus Köln stellt sich vor. anschließend Disco

4.12. Tanz-Theater: Tanzhof Hamburg mit 'Lulu', einem Stück über den Geschlechterkampf zwischen Männern und Frauen und 'Auferstanden aus Ruinen'. eine deutsch-deutsche Geschichte vom Tanzprojekt Rostock/HH. 19 Uhr.
Disco ab 22 Uhr:Feierliche Einweihung des Malraums in der Flora

9.12. Konzert im Leoncavallo-Raum: **Deep Turtle** aus Finnland (Jazzcore). 21 Uhr.

11.12. Dub Club mit Silly Walks Soundsystem, Halle. 22 Uhr.

25.12. Konzert: **Zion Band** . anschließend Crucial Vibes Soundsystem. Halle. 21 Uhr.

31.12. Radio Loretta Sylvestival Live: Kante. Theatre of Cruelty (Ex-Scapula).Waldorf und Stadler. Überraschungsgäste. Disco.... Halle. 21 Uhr.

STÄNDIGE TERMINE IN DER FLORA:

Cafe-Öffnungszeiten: täglich 16-22 Uhr

Mo	16.-19.00	Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
	17.-20.00	Motorradgruppe
	19.00	Vokü
Di	18.00	Veranstaltungsgruppe
	20.00	Radio St. Paula (Plenum, nur für Frauen)
Mi	16.-20.00	Häusercafe
	16.-19.00	Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
	21.00	jeden 1. Mittwoch im Monat: Offenes Treffen der ANTIFA Schanzenviertel
Do	16.-21.00	Info-Cafe zur Roten Flora
	19.00	Vokü
	17.-19.00	Offset-Druckgruppe
Fr	19.00	Vokü
Sa	16.-19.00	Fahrradselbsthilfe
So	19.30	14-tägig: vegane Vokü

Bei Fragen zur Raumvergabe Donnerstags zwischen 16 und 19 Uhr die freundliche Tresenschicht ansprechen!

Sonstiges:

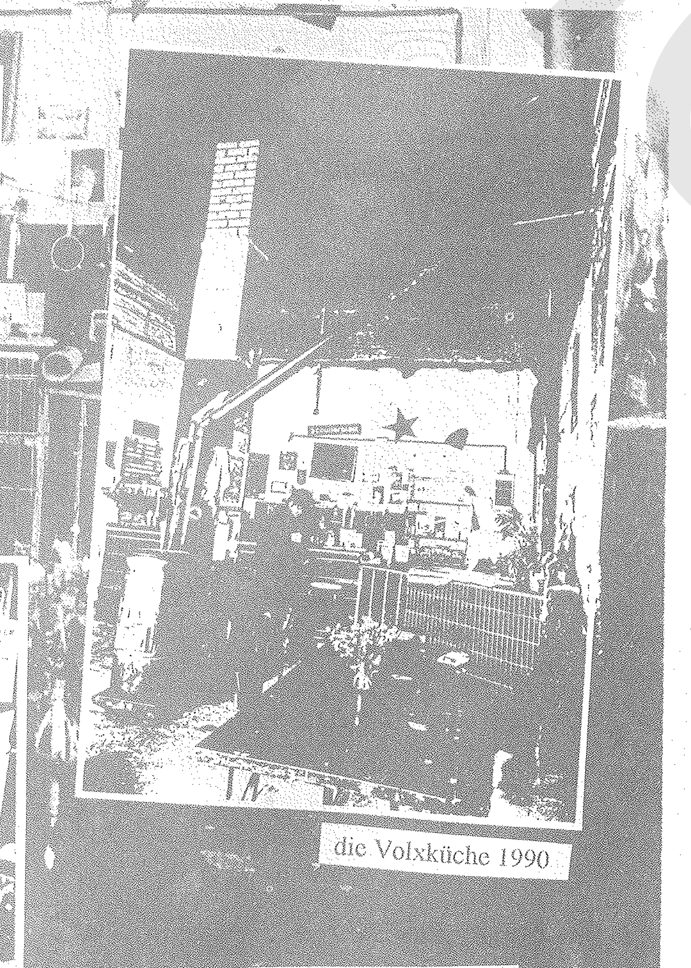
4.12. Demonstration **'Jetzt reicht es! Uns stinkts gewaltig'** gegen "Machtspielchen, für mehr Poesie, Würde, Hingabe und Selbstbestimmung". Es rufen u.a. auf :Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße. GWA. AG Zündstoff... Besenbinderhof. 13 Uhr.

8.12. Der Sozialismus entläßt seine Kinder... in den Rechtsextremismus? Autonome Vorlesungsreihe. Cafe Knallhart, HWP, 19 Uhr.

14. 12. Plenum im Männercafe der Döse. Wie weiter? Döse. 20 Uhr.

15.12. Der Rechtsruck innerhalb der großen Volksparteien Autonome Vorlesungsreihe, Cafe Knallhart. HWP, 19 Uhr.

die Volxküche 1992



die Volxküche 1990

die Volxküche 1993 ? - angucken !!!

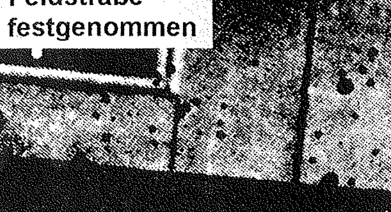
Nummer 21, Dezember 1993

ZK

Das Info aus der

Wir grüßen die GenossenschaftlerInnen aus der Hafenstraße! Hafen bleibt!

Inhalt



Vokü kommt, wir auch!

Es ist geschafft, zweieinhalb Monate Durststrecke und Langeweile sind endlich zuende. Jetzt gibt es wieder Kaffe, Tee und Säfte in der frisch renovierten Volksküche der Flora (täglich 16-22 Uhr, bei Veranstaltungen und Konzerten entsprechend länger).
Was hat sich verändert? Die Wände sind verputzt, neuer Strom verlegt, Holzfußboden, neue Fenster und ein neuer Tresen sind eingebaut worden. Das Resultat kann sich wirklich sehen lassen.
Daß es dann doch so lange gedauert hat lag zum Einen an der Überlastung der (wenigen) Aktiven, zum anderen daran, daß der Umfang der Renovierung vorher gar nicht absehbar war. Egal, auf jeden Fall solltet ihr ab sofort (wieder) verstärkt reinschauen!

FLORA SPENDENKONTO
Rote Flora e.V.
Postgiroamt Hamburg BLZ 200 100 20
Kontonummer: 29492-202



Im Zeck-Ordner (einzusehen in der Flora-Vokü) ist diesmal eine Erklärung vom linksradikalen Mailbox-Verbund Spinnennetz zum Spitzel Klaus Steinmetz

Kontakt:
ZECK
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
20357 Hamburg

Namentlich oder mit *** gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

V.i.S.d.P.: F.Lora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.



Neues zur Flora

Eigentlich gibt es nicht viel Neues und Weltbewegendes zur momentanen Situation der Flora zu sagen.
Hier nun aber doch ein paar Infos:
Seit dem geraumer Zeit wissen wir, daß das von der STEB im Frühjahr '93 in Auftrag gegebene Baugutachten ergeben hat, daß unser Vorschlag im Vergleich zu den anderen Varianten mit Abstand der kostengünstigste ist. Zur Erinnerung: Wir hatten im November '92 im vorletzten Gespräch mit der STEB unseren Kompromißvorschlag quasi als letzte Rückzugslinie präsentiert: wir behalten die Flora ganz, die Kita kann in einem Anbau neben der Flora errichtet werden. Die STEB lehnte ab, und Müller gab auch offen zu, daß dieses Angebot gewissen Kräften im Senat nicht reichen würde. Es war (und ist) von ihnen also unser Kniefall erwünscht.
Dieses Baugutachten ist bis jetzt nicht an die Öffentlichkeit gelangt und wird anscheinend als geheime Verschlußsache gehandhabt. So hat die GAL mittels einer kleinen Anfrage vergeblich versucht, an Informationen ranzukommen. Wir sind jetzt schon gespannt, wie der Senat dann bei dem für uns sprechenden Ergebnis dieses Gutachtens wieder gegen uns argumentieren wird, wenn es wieder zu Verhandlungen kommen sollte. Vielleicht verschwindet dieses Gutachten ja auch in einem Papierkorb, da ihnen das Ergebnis nicht in den Kram paßt.
Erhellend, wenn gleich auch zu erwarten, war der Punkt "Innere Sicherheit" im Vorschlag der SPD für einen Koalitionsvertrag mit der GAL. Hier stand, daß das "Kommunikationszentrum Alte Flora" allen Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht werden soll, was eine nette und beschönigende Formulierung für die Zerstörung unserer Strukturen und Räumung ist. Dies zeigt, daß für die SPD der Verhandlungsstand mit uns im Prinzip der gleiche ist wie vor Beginn der Verhandlungen im August '92 ist und daß sie alle Teilergebnisse, die wir selbst mit den Fachbehörden erzielt haben, ignorieren. Es geht ihnen nach wie vor, wir ahnen es, um die Zerstörung der Roten Flora.

Ansonsten ist mal wieder Winter und wir dümpeln in der Flora so vor uns hin und frieren uns dabei den Arsch ab.
Derzeit ist ein neues Finanzierungskonzept gegen unsere permanente Finanzmisere geplant. Wir sind dabei, einen Förderverein für die Flora zu gründen. Aber dazu gibt's in der nächsten ZECK mehr und genauere Infos.

Hafenstraße:

Die Justiz bläst zur Räumung

Im November entschied das Landgericht in der letzten Instanz über die Rechtmäßigkeit der Kündigung der Mietverträge. Streitpunkt war, ob der Kündigungsschutz für gewerbliche Zwischenmietverträge, der im September 1993 umfassender geregelt wurde, auch auf den Hafenstraßen-Vertrag anzuwenden sei.
Wie zu erwarten, entschied sich das Landgericht gegen die Anwendbarkeit und setzte den BewohnerInnen ein Räumungsultimatum bis zum 28.2.94 (in einem Fall bis zum 31.5.). Für Mitte Dezember sind die letzten noch offenen Räumungsurteile zu erwarten. Damit ist der Weg frei für die 'rechtsstaatlich einwandfreie' Räumungslösung, die der Senat seit Abschluß der 87er Verträge konsequent verfolgt hat.
Wie es nun weitergeht? Juristisch ist noch der Weg vor das Verfassungsgericht offen. Letztendlich kann es aber nur eine politische Lösung geben, ein Umdenken der Verantwortlichen und eine Abkehr von der Vernichtungs- und Rachelogik .
Gerade die ist wesentliches Moment im Handeln der Voscheraus und Hackmanns... . Es geht darum, die Niederlage von 1987, bei der der Hafen von uns allen gegen ihre Interessen durchgesetzt wurde, ungeschehen zu machen. Damit soll ein für alle sichtbarer Beweis, daß ein anderes Leben möglich ist, ausgelöscht werden.
Klar ist, daß die BewohnerInnen sich nicht vertreiben lassen werden . Hafenstraße bleibt, basta!

Gerhofstraßenprozeß

Seit dem 9.11. läuft vor einer großen Strafkammer des Hamburger Landgerichts ein Prozeß gegen 6 Leute, denen anhand mehrerer Fotos vorgeworfen wird, auf der Demonstration vom 19.5.1990 anläßlich der RAF Razzia im Hafen und der Lama Räumung mehrere BGS-ler verprügelt und den Landfrieden gebrochen zu haben. (Zu diesen Punkten wird in der noch folgelden Prozeßerklärung einiges gesagt) Zu dem Prozeßverlauf selber läßt sich bisher folgendes sagen: 1. Außerordentlich ist in jedem Fall, daß der Prozeß direkt vor dem Landgericht eröffnet wurde. Den Angeklagten wird eine Tatsacheninstanz abgeschnitten, der Prügelei wird eine Bedeutung beigemessen, die ihr nicht zusteht. Die Anwälte der Verteidigung haben dies in ausführlichen Anträgen sowohl vor Eröffnung des Verfahrens, als auch am ersten Prozeßtag hervorragend deutlich gemacht. Bemerkenswert an diesem Vorgehen der Staatsanwaltschaft ist vor allem, daß es juristisch auf der Grundlage von Gesetzen steht, die aus dem Faschismus stammen und deren Übernahme in bundesrepublikanisches Recht in Fachkreisen erhebliche Kontroversen auslöste, ebenso, wie es in Hamburg bisher lediglich einen Fall, und den vor 14 Jahren, gegeben hatte, bei dem die Staatsanwaltschaft derart vorgegangen ist. 2. Der Prozeß verläuft in einer erstaunlich gelassenen Atmosphäre. Der vorsitzende Richter hat scheinbar ein enormes Interesse an einer ruhigen Verhandlung und geringem Aufsehen, was leider ja noch nicht heißt, daß er kein Verurteilungsinteresse hat. Er ist somit schwer einzuschätzen. Sehr ärgerlich an den ganzen Bedingungen ist eher die "Öffentlichkeit". Es hat ein bißchen den Anschein, als ob die Bullen Angst haben, von ihrer Justiz im Stich gelassen zu werden. Jedenfalls organisieren die damals verprügelten, daß ganze Klassen Polizeischüler als Publikum versuchen, die meisten der ohnehin knappen Zuschauerplätze im Gerichtssaal zu besetzen, was für die Angeklagten die ganze Geschichte natürlich nur noch unangenehmer macht. Unter diesem Gesichtspunkt ist es in jedem Fall extrem wünschenswert, daß sich möglichst viele finden, die Angeklagten im Gerichtssaal durch ihre Anwesenheit zu unterstützen. Aus diesem Grund hier die bereits feststehenden folgenden Termine:

Donnerstag 2.12. 9.00 Uhr - 13.00 Uhr
Dienstag 7.12. 9.00 Uhr - 16.00 Uhr
Freitag 10.12. 9.00 Uhr - 16.00 Uhr
Dienstag 14.12. 9.00 Uhr - 16.00 Uhr
Donnerstag 16.12. 9.00 Uhr - 16.00 Uhr

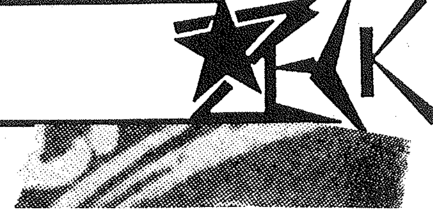
3. Der Prozeß kostet jede Menge Geld. Allein die Anwaltskosten werden mindestens 15000,- DM betragen, es ist aber wahrscheinlich, daß noch mehr Geld benötigt wird. Spendet nach Möglichkeit also massenhaft auf folgendes Konto:

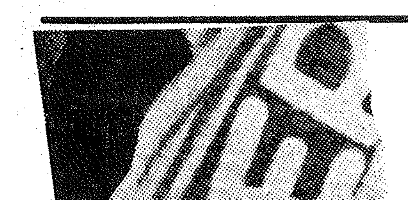
Anderkonto Gerhofstraße
Rechtsanwalt Dr. Hagedorn
Kto. Nr.: 1268-123252 Hamburger Sparkasse
BLZ. :20050550

PROZESSERKLÄRUNG vom 9.11.1993

Was hier von der Staatsanwaltschaft vorgetragen wurde, ist unverschämt. Diese Anklageschrift verschweigt nicht nur die politischen Hintergründe der Demonstration vom 19.5.1990, nein, Herr .... ist sich außerdem nicht zu schade, ein Konstrukt zu entwerfen, daß vor Lügen und Halbwahrheiten, vor Entstellungen der tatsächlichen Situation nur so strotzt. Dies kann nicht so stehenbleiben. Unabhängig von der langen Zeit, die vergangen ist, und unabhängig davon, welche politische Bedeutung der Schlägerei von damals heute zugestanden werden kann, in dieses Verfahren gehört eine gemeinsame Prozeßerklärung. Es muß etwas gesagt werden zu den Hintergründen und mittlerweile vorhandenen Ergebnissen der Razzia vom 15.5.1990 in der Hafenstrasse, es muß etwas gesagt werden zu der Räumung der Lama Häuser am 14.5.1990. Das damalige Demoverbot und seine Begründung verdient eine politische Bewertung, genauso wie der tatsächlichen Situation vom 19.5.1990 in der Gerhofstraße eine Schilderung zusteht, die sich mehr an der Realität orientiert, als an der Phantasie gefrusteter und gebeutelter Polizeibeamter.







Zur Räumung der Lama-Häuser am 14.5.1990

Die Vorgeschichte dieser Räumung ist lang und die Verantwortung für diesen äußerst brutalen Einsatz, bei dem nicht nur Unterstützerinnen und Hausbesetzerinnen selber in großer Zahl verletzt, sondern auch Journalisten gewaltätig an der Berichterstattung gehindert wurden, lag einmal an der Einsatzleitung der Polizei und zum anderen daran, daß die Mächtigen dieser Stadt ihre Schergen selbst dann losschicken, wenn ein sogar in der bürgerlichen Presse als Spekulant verschrieener Hausbesitzer ruft. Die Entschlossenheit nämlich, mit der die damalige Wiederbesetzung der Häuser durchgeführt wurde, hatte ihre Erklärung in den Machenschaften des Eigentümers Rabels, der während der jahrelangen Querelen mit seinen Mietern vor keiner Schweinerei zurückschreckte. Das Anheuern von Schlägertrupps aus dem Zuhältermilieu, mutwilliges Zerstören von Versorgungsleitungen, was den noch nicht herausgeklagten Bewohnern ein Weiterwohnen unmöglich machen sollte; all das war nur die Spitze eines Eisberges, die Auseinandersetzung zog sich schließlich über Jahre hin. Der eigentliche Skandal an dieser Räumung war und ist, daß selbst diese allseits bekannten Tatsachen nicht dazu geführt haben, daß Druck ausgeübt wurde auf Rabels, in die angebotenen Verhandlungen einzusteigen, nein im Gegenteil, mit geradezu paranoider Sturheit mußte die sogenannte Hamburger Linie durchgezogen werden, jedes besetzte Haus innerhalb von 24 Stunden zu räumen. Das hatte nichts mit Politik zu tun, das war eine militärische Machtdemonstration gegen jeden bzw jede, die existentielle Probleme wie Wohnungsnot und Isolation angehen will. Das reihte sich ein in das Wunschdenken Hamburger Politiker, die Geschehnisse vom Herbst 1987, als der Erhalt der Häuser an der Hafenstraße allen Machtinteressen zum Trotz von Tausenden durchgesetzt werden konnte, ungeschehen zu machen. Auf der einen Seite wurden sich entwickelnde Wohnprojekte schon im Entstehen angegriffen und teilweise zerschlagen, auf der anderen Seite wurden schon bestehende-, wie die Rote Flora oder eben die Häuser an der Hafenstraße mit allen Mitteln bekämpft. Ob es die damalige Pressehetze war oder die Bullenprovokationen, ob es die Vertragskündigung am Hafen oder der Neubau im Florapark war, alles hatte nur den einen Sinn. Rache für die Niederlage von 1987, Zurückdrehen einer Entwicklung, in der Menschen angefangen haben, sich nicht verwalten zu lassen, sondern ihre Probleme selber anzugehen. Übrigens stehen die Lama Häuser immer noch leer, seit mittlerweile 3 1/2 Jahren, und das, obwohl Tausende eine Wohnung brauchen. Daß nur einen Tag später, am 15.5.1990, die Provokationen und Angriffe gegen die Hafenstraße eine neue Dimension erlebten, bestätigt nur diese Einschätzung.



Die BKA/LKA Razzia vom 15.5.1990 in der Hafenstraße

Ab ca. 9 Uhr umstellen mind. 2500 schwerbewaffnete BGS-ler sowie sonstige Schergen die 10 Häuser an der Hafenstraße. Sie haben den ganzen Stadtteil hermetisch abgeriegelt und starten eine Durchsuchungsaktion, die selbst den Rahmen des bis dahin durchaus üblichen Polizeiterrors an der Hafenstr. sprengt. Teilweise mit vorgehaltener Mp werden sämtliche ca 60 Wohnungen gewaltsam gestürmt. Viele werden aus den Betten gerissen und können im folgenden gefesselt zusehen, wie stundenlang ihre Privatsachen durchwühlt werden. Die Personalien sämtlicher Anwesender werden festgestellt, wer zufällig keine Papiere dabei hat, wird festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Bis ca 20 Uhr dauert der Terror, lastwagenweise wird sogenanntes Beweismaterial abgeschleppt, am Ende bleiben zerstörte Wohnungseinrichtungen, eingetretene Türen und das dumpfe Gefühl, wer so eine Razzia durchziehen kann, der könnte es auch schaffen aus den dubiosesten Konstruktionen reale Anklageschriften und Prozesse zu machen. Der Hintergrund dieser Razzia stellt sich für uns wie folgt dar: Schon Monate vorher gerieten im Zuge des seit dem Herrhausen Attentat auf den Bullen lastenden Erfolgsdrucks 2 Leute, die vorher in der Hafenstraße gewohnt haben, in die öffentliche Fahndung. Sie wurden als RAF Mitglieder bezeichnet und im selben Zusammenhang wurde einigen Bewohnerinnen des Hafens vorgeworfen Zuträgerdienste für die RAF zu leisten.

Beides war Bestandteil einer Kampagne, die seinerzeit vom Verfassungsschutz einmal gegen die Hafenstraße und zum anderen gegen Unterstützerinnen einer Zusammenlegung der Gefangenen geführt wurde. Sinn und Zweck dieser Kampagne war es, einen legalen Arm der RAF zu konstruieren, der seinen Hauptsitz im Hafen haben sollte; ein solches Bild in der Öffentlichkeit konnte den Sicherheitsbehörden gleich mehrere Vorteile verschaffen. Peinliche Fragen nach den unmenschlichen Haftbedingungen der politischen Gefangenen können unterdrückt werden, indem Leute, die sich in dieser Hinsicht engagieren, immer mit der Drohung eines §129a-Verfahrens leben müssen, genauso, wie dieses Bild Möglichkeiten schafft, mit den Bewohnerinnen der Hafenstraße eben nicht rechtsstaatlich umzuspringen. Ganze Straßenzüge zu durchsuchen, Ausweiskontrollen auf offener Straße mitten in der Stadt, Zerstörung und Diebstahl von Privatsachen, all dies sieht in der Öffentlichkeit leicht häßlich aus, läßt sich mit dem Terrorismusvorwurf jedoch bestens rechtfertigen; vielleicht springt ja noch eine Räumung bei raus. Wieviel an dieser ganzen Geschichte Konstrukt war, wieviel Realität läßt sich vielleicht abschätzen, wenn man betrachtet, was mittlerweile, nach 3 1/2 Jahren, aus dieser Razzia geworden ist: Sämtliche damaligen 11 Ermittlungsverfahren wegen §129a wurden eingestellt, ein Ermittlungsverfahren wegen verschiedener Eigentumsdelikte endete mit einem Freispruch. Für uns ist jedenfalls klar: Weder gab es damals eine politische noch eine juristische Rechtfertigung für den Überfall auf die Hafenstraße, hier wurde willkürlich terrorisiert, um eine

unbequeme und unliebsame Gruppe auszugrenzen, bzw. den Boden zu bereiten für eine Zerschlagung und Kriminalisierung. Einer solchen Willkür der Herrschenden, Gegenwehr zu leisten, nicht wehrlos in einer Opferrolle zu verharren, sondern mindestens zu versuchen den Denunziationen eine Demonstration entgegenzusetzen, war und ist eine Selbstverständlichkeit. Das ausgesprochene Demoverbot traf natürlich trotzdem; zwei massive Angriffe innerhalb von einer Woche, die Presse voll mit Hetze und nicht die geringste Möglichkeit, dem legal etwas entgegenzusetzen. Jede Ersatzveranstaltung, jeder Zubringeraufzug, jede Kundgebung, alles, was eine öffentliche Meinungsäußerung der Betroffenen bzw. eine Solidarisierung mit ihnen bedeutet hätte, war verboten. Dies nicht hinzunehmen, war für viele ein Muß. Schließlich war dieses Verbot auch Bestandteil eines Konzepts, daß schon seit Jahren lief und eigentlich sämtliche Demonstrationen betraf, die von einem linksradikalen Spektrum ausgingen. Sogenannte einschließende Begleitung, Wanderkessel, dementsprechende Übergriffe der Bullen, Angriffe auf Demos wegen sog. passiver Bewaffnung, ein regelrechtes Maßnahmenpaket war entwickelt worden, um im Zusammenhang mit zurechtgebastelten Gesetzen das Demonstrationsrecht bestimmten unerwünschten gesellschaftlichen Gruppierungen absprechen zu können.

Die Demo sollte also trotzdem stattfinden. Klar war, daß weniger Leute kommen würden als ohne Verbot, klar war, daß von den Herrschenden alles versucht werden würde jeden öffentlichen Protest zu verhindern. Dementsprechend die Hetze in der Presse, dementsprechend das massive Polizeiaufgebot, das über die Innenstadt den Belagerungszustand verhängte. Für die Teilnehmerinnen der Demonstration, einige von waren auch dabei, verstand sich von selbst, eben diesem Polizeiaufgebot aus dem Weg zu gehen, in dem verschiedene Treffpunkte verabredet wurden, an denen jeweils kurze Kundgebungen oder je nach Möglichkeit auch kleinere Demonstrationen stattfinden sollten. Einige hundert Menschen konnten dann auch sowohl in der Mönckebergstraße, als auch in der Spitalerstraße ohne Zwischenfälle mit Parolen und Flugblättern entschlossen deutlich machen, was von dem Terror der vergangenen Tage zu halten war. Als schwerbewaffnete Polizei dann anrückte, die Demos aufzulösen, waren die Leute in der Regel schon im Einkaufsrummel untergetaucht. Probleme ergaben sich erst, als ein Demozug auf dem Jungfernstieg in Richtung Gänsemarkt entlang ging. Wasserwerfer und Panzerfahrzeuge hatten nämlich nicht nur den Gänsemarkt fast vollständig abgeriegelt, sie waren ebenso massiv hinter der Demo aufgefahren und alles sah nach einem typischen Hamburger Kessel aus. Nur die Gerhofstraße bot sich als einziger Ausweg aus der drohenden Einkesselung, in die keiner geraten wollte, an. Schließlich standen hier lediglich wenige BGS-ler mit abgesetzten Helmen an den Hauswänden. Ohne zu zögern gingen die Leute dann auch dort entlang. Als bereits ein Teil der Demonstranten vorbei war, setzten die uniformierten Helden völlig überraschend und ohne jeden Grund ihre Helme auf und versuchten dann unter massivem Einsatz ihrer Knüppel und Schilder, den Leuten den Weg zu versperren und somit den Kessel dicht zu machen.

Geradezu zwangsläufig ergab sich eine spontane Auseinandersetzung von kaum mehr als einer Minute. Von planmäßigem und gemeinschaftlichem Handeln der Beteiligten konnte keine Rede sein. Diese eben berichtete Situation war jedoch noch lange nicht das Ende der Demonstrationen an diesem Tag, sowohl in der Innenstadt, als auch auf der ursprünglich geplanten Route über die Lama Häuser zum Hafen bewegten sich noch stundenlang Menschen, die nicht bereit waren, die Außerkraftsetzung des Demonstrationsrechtes an diesem Tag hinzunehmen. Noch einmal zurück zur eigentlichen Anklage, worauf stützt sie sich, wie sind die Ermittlungen geführt worden? Wie bekannt sein dürfte, die Auseinandersetzung in der Gerhofstraße ist so gelaufen, daß es einem Springerfotografen möglich war, Dutzende Fotos zu schießen, die Tags drauf in der Presse erschienen. Fotos, die zum einen noch wochenlang auf Revierwachen herumhingen mit Überschriften, die nach Rache schrieen, Fotos, die zum anderen die Fantasie der Ermittlungsbehörden und der Zeugen erheblich beflügelte. Konnten sich zum Beispiel die BGS-ler noch am selben Abend an gar nichts mehr erinnern, um so blumiger wurden ihre Schilderungen angesichts der Bilder. Nicht im geringensten aber wurden die Schilderungen hinterfragt, die mit einem Mal entstanden. Im Gegenteil, die Staatsanwaltschaft macht sich die Rachegelüste zu eigen und schreibt in einer Stellungnahme zum Antrag unserer Verteidigung, das Verfahren an das Amtsgericht zurückzuweisen: "Ziel des mit äußerster Brutalität geführten Angriff war allein die planmäßige Verletzung von Personen aus reiner Lust an der körperlichen Mißhandlung anderer Menschen." Mit derart aus der Luft gegriffenen Anschuldigungen, wie sie auch in der Anklageschrift immer wieder durchklingen macht Herr .... deutlich, wie weit er sich von der Realität entfernt hat, wie unbedingt sein Verurteilungs- wenn nicht gar Vernichtungsinteresse uns gegenüber ist, und wie ausschließlich Vergeltung die Ermittlungsarbeit motiviert hat. So produzierten Staatsanwaltschaft und Polizeiapparat anhand der Fotos, die zum Teil Identifizierungen überhaupt nicht zulassen, eine Liste angeblicher Täter, nämlich wir, genauso, wie uns dann zum großen Teil völlig willkürlich Tatbeiträge zugeschrieben werden, selbst wenn die Fotos dafür nichts hergeben und die entsprechenden Zeugenaussagen äußerst fragwürdig sind. Noch einmal zusammengefaßt: Eine verbotene Demonstration hat stattgefunden. Hunderte haben sich mit guten Gründen beteiligt. Gute Gründe, die heute fast noch deutlicher als damals offen- liegen: Keine Staatsgewalt kann erwarten, daß derart militärisches Auftreten wie das der Polizei anläßlich der Lama Räumung und der Razzia im Hafen unwidersprochen hingenommen wird, erst recht nicht bei den schon damals absehbaren Konsequenzen dieser Aktionen: Es ist zwar schon gesagt worden, der Deutlichkeit halber aber hier noch einmal: Die mindestens 30 Wohnungen der Lama Häuser stehen immer noch leer, seit mittlerweile 3 1/2 Jahren, der angebliche RAF Stützpunkt Hafenstraße hat sich juristisch in Luft aufgelöst. Dieses Verfahren ist letztendlich die Konsequenz einer militärischen Innenpolitik des Hamburger Senats, es ist die späte Rache der Herrschenden und es steht nicht im mindesten auf der moralischen Grundlage, wie sie der Staatsanwalt vorgaukelt.



Brüche, Deals und Schlammschlachten

In der November-Ausgabe der ZECK hatten wir den Brief von Brigitte Mohnhaupt vom 28.10.93 abgedruckt, in dem sie stellvertretend für eine Gruppe von Gefangenen den Bruch mit den Illegalen der RAF, den Celler Gefangenen und Birgit Hogefeld erklärt, da diese angeblich einen Deal mit dem Staat zur Freilassung der Gefangenen geplant hatten. Brigitte wirft ihnen Verrat vor.
Dieser Brief wurde kurz vor Redaktionsschluß veröffentlicht und kam so kurzfristig in die Zeitung. Dies betrachten wir im Nachhinein als Fehler, da nur diese eine Darstellung und Meinung dokumentiert war und sie somit absolut und unkommentiert von den "Beschuldigten" da stand. Es ging uns als Redaktion mit dem Abdrucken dieses Textes nicht um eine Stellungnahme für diese Position, denn für uns ist es viel zu unklar, was an welchen Vorwürfen nun wahr ist.
Der Vollständigkeit halber und weil wir finden, daß dieser Streit für breite Kreise der Linken von Interesse ist, dokumentieren wir im Folgenden den Brief von Karl-Heinz Dellwo (Gefangener in Celle) und die Erklärung der RAF:

ERKLÄRUNG VON KARL-HEINZ DELLWO IM NAMEN DER CELLER GEFANGENEN

Wir haben weder Reuter noch Kohl noch sonst jemanden einen Deal angetragen, wir haben auch keine "Abwicklung" betrieben, schon gar nicht ist eine "Gesamtlösung" an irgent jemand herangetragen worden. Es ging um die Frage, ob sich eine "dritte" Position herstellen läßt, die unabhängig von uns, trotzdem den Bezug zu uns haltend, etwas tun kann, öffentlich wie nichtöffentlich. Wir haben in zwei Richtungen gesprochen:
Leute suchen, die das, was die RAF und die Gefangnen in den letzten Jahren versucht haben, als vernünftig ansehen und deshalb unterstützen wollen; politischen Druck machen in den Reihen der Gegenseite.
Was wir tatsächlich im Frühjahr dieses Jahres gemacht haben, sowohl in politischer Bestimmung, inhaltlichem Umfang und politischem Hintergrund, kann man dem Brief entnehmen, den ich Brigitte Mohnhaupt Anfang Oktober geschrieben habe. Auch die anderen Gefangenen haben von diesem Brief Kenntnis.
Der Bruch in der Gefangenengruppe hat seine Vorgeschichte, die lange in die Vergangenheit zurückreicht. Wir werden uns dazu extra äußern. Die Zeit ist zu kurz, um diese Entwicklung hier und heute in ausreichender Klarheit darzulegen.
Es ist falsch, und Brigitte weiß es, wenn sie behauptet, ihr Leben und ihr Kampf hätten hinter ihrem Rücken abgewickelt werden sollen.
Was Brigitte Mohnhaupt erzählt ist die Simulation von Wirklichkeit. Das Szenario, das sie mit Begeisterung nach außen trägt, gibt das Bedürfnis wieder, sich der politischen Widersprüche in der Gefangenengruppe, gegenüber der RAF und Teilen der radikalen Linken über moralische Verdächtigungen zu entledigen. In diesem Abspaltungsprozeß wird alles Negative auf uns und die RAF abgeladen, alles Positive für sich reklamiert.
Zu den in dieser Erklärung und den im Anschluß daran in den Medien verbreiteten Mitteilungen, kann ich heute nur sagen:

Es ist Unsinn zu behaupten, eine Entwicklung in die politische Agonie habe 1992 damit begonnen., daß die Grundlagen unserer Politik weggekippt worden seien. Wir halten fest: Am 10.4.92 hat die RAF erklärt, sie nehme für den jetzt notwendigen Prozeß die Eskalation zurück. Irmgart Möller hat zurecht und für alle Gefangen die Erklärung der RAF begrüßt und sich dieser Erklärung angeschlossen.
Es ist nirgendwo veröffentlicht, daß Brigitte Mohnhaupt der Erklärung von Irmgart Möller oder der RAF widersprochen hat. Das die alte Konzepzion RAF nicht zu halten ist wußten und wissen Alle. Helmut Pohl schrieb, daß ihm immer schon bewußt war, daß am Ende eine Aufhebung der RAF steht. Es gibt aus 1992 zahlreiche Äußerungen der Gefangenen, "daß die globalen und innergesellschaftlichen Umbrüche so tiefgreifend sind, daß sie für Alle eine einfache Fortsetzung der Politik und Praxis der siebziger und achziger Jahre unmöglich machen." (Irmgart Möller, Erklärung für die politischen Gefangenen, 15.4.92)

- Brigitte wirft uns vor, wir hätten gemeinsam mit der RAF einen Deal mit dem Staat abschließen wollen. Diese Logik weitergedacht würde bedeuten, Wolfgang Grams sei beim Abschluß eines Deals erschossen worden. Das kann weder Brigitte Mohnhaupt noch irgent jemand anderes ernsthaft meinen. Die Kälte, die Wolfgang Grams hier trifft, wird zur Zeit gegen Birgit Hogefeld fortgesetzt.
- Ströbele hat weder verhandelt noch Zusagen noch sonstige Dealangebote gemacht, er hat vielmehr als jemand, der die ganze Geschichte (der RAF und der Gefangenen) von Anfang an kennt und in ihrer Dialektik einzuschätzen weiß, erklärt und darauf hingewiesen, daß die Regierung eine andere Entwicklung systematisch zerstört und für Alles, was daraus kommen mag, dann auch allein die Verantwortung trägt. Ströbele hat als Politiker der Grünen mit Reuter gesprochen gegen die offenkundige Bewegungslosigkeit der Politik. Dafür hatte er unsere Zustimmung.
- Ignatz Bubis hatte kein Verhandlungsmandat. Er ist von Ströbele mit unserem Einverständnis angesprochen worden, ob er sich für die Forderungen der Gefangenen einsetzen will. Zu einem Besuch Bubis' bei uns und einer Darstellung unserer Politik ihm gegenüber ist es leider nicht gekommen.
- Mit Bad Kleinen war eine neue Situation da. Das haben wir Ströbele gegenüber definitiv deutlich gemacht, auch, daß alles, was vorher überlegt war, jetzt keine Basis mehr hat. Der Kontakt zu Bubis war davon nicht berührt, weil es hier um die Kommunikation mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen zu unserer Situation ging.
Celle, den 29.10.93

ERKLÄRUNG DER RAF

antwort auf die spaltungserklärung vom 28.10.93
an die gefangenen aus der raf, die sich dahinter gestellt haben

für die auseinandersetzung aller, die mit dem kampf der raf und der gefangenen verbunden sind

es hat nie irgendwelche geheimverhandlungen zwischen uns und dem staat gegeben. es ging in unseren überlegungen nie darum, den bewaffneten kampf für die freiheit der politischen gefangenen zu "verdealen". alle behauptungen, die das gegenteil suggerieren, sind dreck. unwahr.
richtig ist, daß wir am 10.4.92 die eskalation zurückgenommen haben, da mit den globalen veränderungen ende der 80 iger jahre die zentralperspektive der revolutionären linken zusammengebrochen war und damit auch die funktion des bewaffneten kampfes in der brd in der strategischen vorstellung der vergangenen epoche. ausdruck dieser entwicklung waren auch die grenzen, auf die wir gestoßen sind. die gesamte entwicklung verdeutlichte uns, daß eine kritische reflektion der kämpfe der vergangenen epoche, d.h. auch des kampfes der raf, dringend notwendig ist. eigentlich banalste revolutionäre selbstverständlichkeit.
in dieser phase, in der es vordringlich um das herausfinden neuer wege und gedanken für den umwälzungsprozeß ging und geht, wollten wir auch, daß die freiheit der politischen gefangenen erkämpft wird. dazu haben wir immer gesagt, daß das nur in einem kampfprozeß durchgesetzt werden kann.
es entspricht nicht unserer verantwortung aus 23 jahren kampf der raf, die raf unter allen umständen ins nächste jahrtausend zu retten. wir waren offen für alle möglichen formen und transformationsgedanken, je nachdem, was wir und alle, die sich an der neubestimmung revolutionärer politik beteiligen, als das beste für den zukünftigen prozeß für die umwälzung herausgefunden hätten. und diese bestimmung der mittel und organisationsformen ist nur möglich aus der neu zu entwickelnden strategischen vorstellung. das hat nichts mit der aufgabe der option auf bewaffneten kampf zu tun.
die freude von staat und kapital über den politischen todesstoß, der eure erklärung gegen die raf sein sollte, kommt zu früh: wir werden solange die verantwortung, die wir als raf haben, tragen, bis das neue herausgefunden worden ist. und ob das weiter raf heißt oder die transformation der raf innerhalb einer neuformierung der radikalen linken, ist uns völlig egal.
hauptsache, es entspricht den notwendigkeiten und vorstellungen für den umwälzungsprozeß.
entsprechend war auch das, was wir in der weiterstadt-erklärung gesagt haben ernst, so wie alles, was die raf sagt, dem entspricht, was wir denken:
"es wird darum gehen, die sowohl international wie auch innergesellschaftlich veränderte wirklichkeit umfassend zu begreifen.... , denn nur in einer tiefgreifenden auseinandersetzung wird es möglich werden, eine vorstellung zu gewinnen, wie die verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. und nur aus diesem prozeß können die fragen nach den mitteln des kampfes und den konkreten formen der organisierung beantwortet werden."
wir sagen ausdrücklich: die gespräche, die die celler gefangenen mit ströbele hatten bzw. mit i. bubis führen wollten - in dem inhalt, wie karl-heinz das in der taz vom 1.11.93 erklärt- standen in der tat nicht im widerspruch zu unseren vorstellungen.

mit eurer erklärung vom 28.10. ist ein punkt erreicht, an dem ihr uns zwingt, zu der geschichte zwischen der raf und einigen gefangenen, zu den fortlaufenden verdrehungen und versuchen, eine entsolidarisierung gegen uns zu erreichen, öffentlich stellung zu beziehen.
wir hätten nach dem schlag vom 27.6.93 gegen uns mehr zeit gewollt, um wieder in der öffentlichkeit zu reden.
wir mußten uns mit dem schweren fehler, dem kontakt mit dem vs-spitzel, auseinandersetzen, wozu wir zu einem späteren zeitpunkt noch etwas sagen werden. in erster linie hat uns die verhaftung von birgit und die ermordung von wolfgang getroffen. darüberhinaus die tatsache, daß durch den spitzel der staat die möglichkeit eines militärischen schlages gegen uns in der hand hatte, so daß wir die reale entwicklung in der konfrontation mit dem staat an einem existenziellen punkt nicht richtig überblickt haben. wir sind mit einer situation konfrontiert gewesen, in der es für uns darum ging, unsere möglichkeit neu herauszufinden, wie wir uns produktiv in den prozeß für neubestimmung revolutionärer politik einbringen können. der 27.6. hatte für uns eine völlig neue situation geschaffen. dabei haben wir darauf gehofft, trotz der widersprüche im zusammenhang gefangene/raf, trotz des von einigen von euch bereits vollzogenen bruchs , nochmal zu einer vorstellung zu kommen, in der wir uns politisch aufeinander beziehen können. das wollten wir in einem neuen abschnitt, der so oder so vor uns liegt. dieser versuch wäre unsere sache gewesen.
eine trennung von euch wollten wir nicht, obwohl einige von euch nach dem schlag gegen uns das, was vom staatsschutz zu erwarten gewesen wäre, selbst in die hand genommen haben: den bullen auch noch politisch gegen uns zu drehen. das gerede von der "steinmetzschen einheit", "dem ideologischen fuß des vs bei den illegalen" bis hin zu der unterstellung, die celler gefangenen, birgit, wolfgang und wir hätten "einen platz im reich" gesucht.
seit langem sind die äußerungen einiger von euch wie bewegungen im reagenzglas des staatschutzes. für einige von euch scheint es noch länger selbstverständlich zu sein, bei inhaltlichen und politischen widersprüchen genossInnen der kollaboration mit dem staat zu beschuldigen und ihnen jede moralische integrität abzusprechen. genau auf so eine haltung hat schon der ehmalige hamburger vs-chef lochte gestzt, als er nach `89 für eure zusammenlegung eintrat. er war davon überzeugt, daß ihr nicht mehr in der lage wärt., mit widersprüchen und unterschieden umzugehen, sonder euch gegenseitig zerfleischen würdet.
die jahrelangen und immer wiederkehrenden anschuldigungen und gerüchte von einigen von euch gegen unsere gefangenen genossen in celle haben schon mal dazu geführt, daß international gerüchte rumgingen, die gefangenen in celle würden mit dem vs zusammenarbeiten. das setzt sich bis heute fort mit der lüge in brigittes erklärung, die schon am 30.10. im interview mit stroebele offensichtlich wird: stroebele hätte mit vs-benz gesprochen.
bis zum 28.10. hatten wir darauf gehofft, daß diese gefangenen, die sowas nötig haben, nochmal den sprung aus ihrer kleinbürgerlichen konkurrenz schaffen - dem deutschesten alltag bei genossInnen, die sich mit ihrem leben einmal für etwas anderes entschieden hatten. wir hatten gehofft, daß es nie soweit kommen würde, daß die raf und gefangene aus der raf ein weiteres zerstrittenes grüppchen wird, wie viele in der brd, die nur noch gegenseitig gift verspritzen und sich so ins poltische aus manövrieren.
wir schreiben diesen brief in dem bewußtsein, daß es wichtigere fragen in der brd und international gibt. aber nun ist auch unsere schmerzgrenze überschritten.
hinter eurer erklärung steckt miese taktik, sonst wäre es unmöglich gewesen, daß ihr heute eine solche initiative von gefangenen als deal mit dem staat denunziert, obwohl doch einige von euch eine ganz ähnliche initiative überlegt hatten, in der zeit um `90 rum, als in den



texten von euch von den "freunden der vernunft" die rede war, was sich ja auch auf typen aus der wirtschaft bezog. das erfuhren wir damals viel später, sozusagen "durch zufall".
ihr wolltet damals nichts anderes als bewegung in den prozeß bringen, in dem es euch auch um eure freiheit ging und darum, neue ausgangsbedingungen für euch, für uns, wie für alle, die neue bestimmungen suchten, durchzusetzen. auch dafür sollten wir den bewaffneten kampf zurücknehmen, allerdings ohne öffentlich zu sagen, daß das in einem zusammenhang steht.
wir unterstellen euch nicht, daß es euch um den deal mit dem staat und "den platz im reich" ging. ihr solltet das gegenüber birgit, wolfgang, den celler gefangenen und uns auch lassen.
wie wir heute wissen, habt ihr das damals unterlassen wegen mangelnder aussicht auf erfolg, und weil es damals mit unseren politischen vorstellungen zusammen nicht möglich gewesen wäre.
eure empörung ist heuchlerisch. was ihr heute auf dem markt als deal feilbietet, den geamtlösungsgedanken - die illegalen eingeschlossen - kam auch von euch. von einigen von euch sind wir verdammt, verflucht und gehaßt worden, weil wir das nicht "rechtzeitig" einsehen wollten. selbstverständlich hattet ihr vorgesehen: möglicherweise erstmal exil.
zur vorstellung einiger von euch gehörte auch, daß wir eine erklärung abgeben: daß die raf den bewaffneten kampf einstellt. damals hieß es: ansonsten ist jeder gedanke an die freiheit der gefangenen illusion. wir sollten uns zurückziehen, dazu würde der staat "danke " sagen und sonst nichts - was dann komme, wisse niemand. das war allerdings nie unsere vorstellung, weil wir davon ausgegangen sind, daß wir nur in einem kampfprozeß neue ausgangsbedingungen durchsetzen können, was auch heißt, in einer zeit bewaffnet zu intervenieren, in der die strategische vorstellung noch nicht erarbeitet ist, wenn es die entwicklung von uns verlangt.

ihr werft uns vor, mit unserer drohung und der sprengung des weiterstädter knastes hätten wir die "bewaffnete aktion zur ware gemacht". sind eurer meinung nach aktionen nur zur begriffsbildung zulässig? nur abstrakte politik? ohne jeden gebrauchswert? seit wann ist es eurer meinung nach verwerflich, mit aktionen druck gegen den staat auszuüben? ihr wißt genauso gut wie wir, daß die bewaffnete aktion in ihrem politischen inhalt stimmen muß, um druck auf den staat für eine entwicklung, die es zu erkämpfen gilt, ausüben zu können.
das verhältnis, das ihr zu revolutionärer politik und zur bewaffneten intervention heute vermittelt, ist dermaßen abstrakt und tot, wie es uns vollkommen fremd ist, und wie wir es von kämpfenden auf der ganzen welt nicht kennen.
auch wenn ihr die lüge tausendmal wiederholt, wird sie nicht wahr.
wer die aktion gegen den weiterstädter knast unpolitisch nennt, muß einen knall haben. ihr solltet mal INHALTLICH begründen, wieso ihr mit einer intervention nichts anfangen könnt, die einen knast zerstört,der ein in beton gegossenes spiegelbild der entwicklung ist, wie sie die herrschenden anpeilen und durchzusetzen entschlossen sind; gegen ein projekt, das für den militärischen umgang des staates mit den sich forcierenden widersprüchen in dieser metropolengesellschaft steht; gegen ein projekt, das für den staatlichen rassismus und die wissenschaftliche zerstörung menschlicher identität steht. das wesen dieses projektes und die beweggründe, es zu zerstören, waren untrennbar mit unserer absicht verbunden, druck gegen den staat für eure freiheit zu entwickeln. wir wissen allerdings, daß es welche unter euch gibt, die schon damals diese aktion verurteilt haben, scheinbar wegen der tatsache, daß viele menschen - auch hier - damit etwas verbinden können. denn das ist für euch ausdruck von "entpolitisierung und anpassung". wenn wir vielen aus dem herzen sprechen, dann kann damit etwas nicht stimmen!

. euer aufschrei gegen diesen druck auf staat und kapital, der ein aspekt aus 23 jahren bewaffneten kampfes, aus der entwicklung der konfrontation befreiung//kapital ist, ist nur noch flache polemik. mit inhaltlicher, also auch politischer auseinandersetzung und kritik hat das nichts zu tun. schon '77 ging es auch darum, einen druck gegen staat und kapital zu schaffen, wobei ein aspekt nur gewesen sein kann, daß die wirtschaft ihren einfluß zugunsten schleyers zur geltung bringt. schon damals alles zur ware verkommen ? natürlich nicht.
kommt jetzt nicht damit, daß der versuch damals seine berechtigung ausschließlich aus der zentralen perspektive der internationalen revolutionären bewegung hatte.
im fernseh-interview hast du, irmgard, gesagt, daß ihr damals staatlichen stellen angeboten habt, nicht in die brd zurückzukehren, sondern im exil weiter politisch zu kämpfen. von anderen aus eurem kreis wissen wir, daß es für die gesamte gruppe, dh. auch für die illegalen, darum gegangen wäre, nach der befreiung der gefangenen, überhaupt neu herauszufinden, wie der kampf weiter zu entwickeln ist. alles sei offen gewesen, auch wie bewaffnet weiter gekämpft werden soll. das wäre auch inder jüngeren vergangenheit für den gesamten politischen zusemmanhang raf/gefangene am besten gewesen. wir wissen, daß die meisten von euch das nicht anders gedacht haben. umso schlimmer, daß ihr jetzt anderes zu vermitteln versucht. und von deal quatscht.
"wenn gleichzeitig angriffe der guerilla laufen, wird hier keine mobilisierung für die freiheit der gefangenen fuß fassen können..." (aus einem brief von brigitte, frühjahr '93). wenn ihr denkt, daß die existenz der raf eurer freiheit entgegensteht, und ihr mit der erklärung vom 28.10. das ziel habt, die raf endgültig vom hals zu haben - dann solltet ihr das auch so offen sagen. anstatt so zu tun, als wäret ihr die gralshüter der option des bewaffneten kampfes oder der revolutionären intervention in der metropole; und könntet den trennungsstrich zur raf ziehen, moralisch unbefleckt und als opfer der angeblich verräterischen machenschaften von uns, birgit und den celler gefangenen.
wenn ihr offen und ehrlich reden würdet, hättet ihr solche schweinereien nicht nötig. und ihr könnt es euch auch sparen, ein verhältnis zu bewaffneten aktionene auf uns zu projizieren, das aus der gruselkammer kapitalistischer warenwelt kommt und von dem IHR euch mal in eurer gesamten politik befreien solltet: "wenn sie (raf) jetzt ankündigen, den schritt vom april `92 praktisch aufzuheben, begründet mit unserer gefangenensituation - dann tragen wir das nicht mit." (eva) als wäre es unser problem gewesen, daß wir was HABEN/BESITZEN wollten für uns. in dem stil, die raf - mordlüstern wie sie ist - braucht die gefangenen, weil - unpolitisch wie sie ist - ihr sonst zur entwicklung nichts einfällt.

zu geschichte der beziehungen, deren inhalt für euch zerstört ist:
eure kämpfe, die ihr in der raf oder später als gefangene geführt habt, haben uns mobilisiert. für alle hier hatten sie eine bedeutung in der eigenen geschichte. daraus ist ein vertrauen in euch, die genossInnen im knast, lebendig gewesen. eine verbundenheit auch daraus, die gleiche existenzielle lebensentscheidung für den kampf um befreiung getroffen zu haben, und die vorstellung, dies sei eine basis dafür, auch an unterschiedlichen orten und in der sich immer verändernden äußeren situation zu politischem einverständnis über den weg kommen zu können. doch dies ist nur als lebendiger und widersprüchlicher prozeß möglich, der offenheit und respekt zueinander voraussetzt.
das vertrauen dazu ist zu einigen von euch schon lange zerstört. wir denken heute, daß es eine illusion von uns war, wir könnten es schaffen, uns als politischen zusammenhang, in dem die grundlagen zueinander gebrochen sind, gegen einen machtapparat wie den brd-staat gemeinsam durchsetzen und einen neuen aufbruch schaffen. unsere entscheidung zu allem, womit einige von euch gegen uns - wo sie nur konnten - gearbeitet haben, nicht öffentlich stellung zu

beziehen, war falsch. wir haben auf die falsche hoffnung gesetzt, die widersprüche könnten sich im kampfprozess auflösen. sie basierte auf einer falschen rücksichtnahme auf euch als gefangene in der isolation und darauf, daß wir .verhindern wollten, in eine sinnlose schlammschlacht zu geraten.
brigitte, deine unterstellung in dieser erklärung, unser verhältnis zu euch sei gewesen "friß oder stirb..." sagt viel über dich/euch, nicht über uns. da, wo die anschuldigung die beschuldigten nicht trifft, macht sie nur offen, welche nähe du oder ihr zu solchen verhältnissen hast/habt. das ist uns schon im vergangenen jahr schmerzlich deutlich geworden. wir kennen diese ganzen sprüche zur genüge: wenn wir an kritik und selbstkritik - was ihr opportunismus und entpolitisierung nennt - festhalten würden, dann werdet ihr uns "als typen vom tisch fegen ", uns und andere "links überholen". alle , die sich auf das beziehen könnten, was von der raf in die auseinandersetzung gebracht wurde "interessieren dann nicht mehr".
das seid ihr.
das war der schwerpunkt eurer anstrengung im letzten jahr, zumindest soweit sie öffentlich bekannt sind. und die methoden, die ihr dabei benutzt, solltet ihr dem gegner überlassen. ihr habt darauf gebaut, daß es in der linken schon seine wirkung hat, wenn die denunziation nur oft genug wiederholt wird.
ihr seid im gesamten vergangenen jahr auf inhaltliche ansätze von uns nicht INHALTLICH eingegangen, auch wenn das zu widersprüchlichen diskussionen geführt hätte. stattdessen habt ihr unsere gesamte anstrengung mit eurer kleinbürgerlichen konkurrenzscheiße und eurem besitzverhältnis zur raf und revolutionärer politik in der brd überzogen. für manche von euch war es ausreichend, ewig alte klarheiten zu verbreiten, die allgemein zwar richtig sein können, aber für sich allein wenig zur beantwortung der fragen beitragen können, die sich aus der sich zuspitzenden situation hier wie international stellen.
auch ihr hattet von einer zäsur gesprochen, was das allerdings für auch bedeuten sollte, dazu gibt es von euch bis heute nichts substantielles. für uns war es aus unserem prozeß heraus notwendig geworden, zu einem porduktiven verhältnis von kritik und selbstkritik zu kommen
für die kämpfenden auf der ganzen welt ist das eine lebensader - für einige von euch ist das wie das wasser für das feuer. euer bruch zu uns hängt auch damit zusammen und damit, daß wir, wie auch die gefangenen genossen in celle, in den auseinandersetzungen der letzten jahre einen eigenen kopf behalten haben.
mit schlagwörtern wie "entpolitisiert" und "anpassung" schützt ihr euch schon seit 1 1/2 jahren vor einer inhaltlichen auseinandersetzung. und genau das ist entpolitisiert.
ihr tragt mit der auf uns fixierten arbeit der letzten 1 1/2 jahre mit verantwortung daran, daß sich einige teile der radikalan linken mit eine "rafdebatte" selbst beschäftigt haben, ganz so, wie ihr sie ins leben gerufen habt. die rücknahme des bewaffneten kampfes der raf (! die ihr auch wolltet), sei verrat. viele von ihnen beziehen sich dabei auf briefe von euch, da können sie euch wohl kaum verstanden haben. das ganze geht soweit, daß behauptet wird, die raf sei mit der zurückstellung des bewaffneten kampfes verantwortlich für die steigende zahl von vergewaltigungen. (auch welche, die sich auf euch beziehen) sie begreifen die alte konzeption der raf als zeitlose antwort, wobei das aussetzen des bewaffneten kampfes (der raf) bereits verräterisch sei.
viele dieser papiere sind eine demonstration der begriffslosigkeit sowohl des 23-jährigen kampfes der raf und ihrer früheren konzeption, als auch der gesamten entwicklung. `92 gab es plötzlich soviele schwätzerInnen wie nie zuvor, die ausgerechnet jetzt die notwendigkeit zum bewaffneten kampf der raf entdeckten. (schwätzerInnen, von denen wir in unseren offensiven phasen nichts mitbekommen haben. niemand von denen war und ist bereit, selbst bewaffnet zu kämpfen. weder bei uns, noch gründen sie andere bewaffnete organisationen, die weniger "reformistisch" sind. das wundert uns nicht. denn schwätzertum führt nicht mal zu wiederholungen des alten, es führt zu nichts. diese scheindiskussion, in der es nie um die leute selbst geht, sondern immer nur um andere, meistens gegen uns, habt ihr entfacht und mit einer flut von diffamierungen begleitet: "entpolitisiert", "den internationalismus fallengelassen", "wir würden die geschichte abwickeln", und mit dem vs - wahlweise - entweder die politik bestimmen oder verhandlungen führen, und würden für unser wohl und den "platz im reich" opportunistisch inhalte aufgeben und und.
wir haben die methode schon lange satt, daß der inhalt unserer texte verdreht wird, je nachdem wie es gerade opportun erscheint, wie in einem brief kurz vor weiterstadt. mit geschickter wortspielerei kommt unterm strich raus: alle sollen "nun schauen, welche fraktion sich "durchsetzt" wie die raf sagt". natürlich hatten wir ganz im gegenteil in der dort zitiereten erklärung gesagt: "von alleine werden sie (der staat) an keinem punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher druck und kämpfe notwerndig sein":
euer blöder machtkampt ziegt sich auch am verkrampften festhalten an der diskussion um die "zwei fraktionen im apparat", obwohl die gefangenen in celle unseren fehler in der april-erklärung im konkret-interview korrigiert hatten und wir die kritik im august text bekräftigten. (ein allerdings imaginärer .machtkampf gegen die genossen in celle, uns und zeitweise gegen die genossInnen in lübeck, denn alles andere wäre notwendig gewesen, da der feind wie auch die fragen groß sind): ihr müßt mal realisieren, daß ihr diesen fehler von uns über ein jahr lang zu einem eurer schwerpunkte gemacht habt, während es ansonsten kaum noch jemand interessiert hat. während ihr immer wieder die "situationsdebatte" statt "raf-debatte" gefordert habt und das gegenteil davon gemacht habt, ist euch der blick selbst auf die eigene situation durch eure orientierung gegen uns vollkommen verstellt geblieben.
bis zuletzt haltet ihr euch an eurem irrglauben fest, in der kgt-initiative sei von anfang an nur für einige gefangene die freiheit vorgesehen gewesen. ihr realisiert nicht, daß für niemanden die freiheit vorgesehen war. alles war abhängig von einer politischen mobilisierung, davon, ob die gefangenengruppe darin SOLIDARISCHER KERN ist und in der lage, gemeinsam in die diskussion einzugreifen und auch vom kräfteverhältnis raf/staat. das konntet ihr weder daran realisieren, daß nach günter kein gefangener aus der raf mehr freikam, und noch nichtmal hat euch der schlag gegen uns in bad kleinen erhellt. bei euch schreibt sich vor jede erkenntnisfähigkeit das gift, das ihr in euren herzen mobililisiert habt. deshalb muß nun auch die story vom versuchten deal herhalten, damit euer irrglaube weiter bestand haben kann.
daß ihr es fertigbringt, mit euren denunziationen auch wolfgang mit dreck zu überziehen - ihn, der neun jahre lang die politik der raf mitentwickelt und in ihr gekämpft hat, der unter anderem auch für eure freiheit gekämpft hat und bei dem versuch, gerade nicht in den knast zu kommen, um draußen weiter kämpfen und leben zu können, ermordet wurde - ist nur ausdruck davon, auf welchen niederungen ihr angelangt seid. wolfgang war ein mensch, der für genossInnen durchs feuer gegangen wäre.
es gab in der letzten zeit einen neuen anlauf zur mobilisierung für eure freiheit von genossInnen mit einer neuen haltung, die wir befreiend fanden gegenüber der alten geschichte von fraktionierungen, der unfähigkeit, mit inhaltlichen, politischen widersprüchen umzugehen. das hat die aussicht darauf offen gemacht, daß es tatsächlich einmal zu einer ernsten, politischen Auseinandersetzung kommen kann. wir fanden die entscheidung der genossInnen richtig, sich nicht auf die spaltereien einzulassen. sie gehen stattdessen von den tatsächlichen widersprüchen in den politischen vorstellungen auf unserer seite aus. wir denken, daß das ein selbstbewußtsein ist, das absolut notwendig ist. in einem prozeß, in dem es um die neubestimmung revolutionärer politik geht. eure erklärung vom 28.10. ist auch gegen diese haltung gerichtet. sie ist ausdruck eines dumpfen machtkampfes. sie drückt ein festhalten an überholten strukturen aus, in denen es für euch legitim ist, bei inhaltlichen widersprüchen genossInnen der kollaboration mit dem system zu beschuldigen und ihre moralische integrität in den dreck zu ziehen. letztlich seid ihr diejenigen, die sie damit verlieren.

WIR HALTEN ES FÜR NOTWENDIG; MIT D I E S E R HINTERLASSENSCHAFT EINEN BEWUSSTEN BRUCH ZU MACHEN!
wir sagen euch, daß diese "ganz neue entscheidung", von der ihr sprecht., die auf lügen, dreck und unehrlichkeit euch selbst gegenüber aufgebaut sein soll, mit sicherheit nicht dazu führen wird, "daß revolutionäre politik hier ... wieder fuß fassen wird."

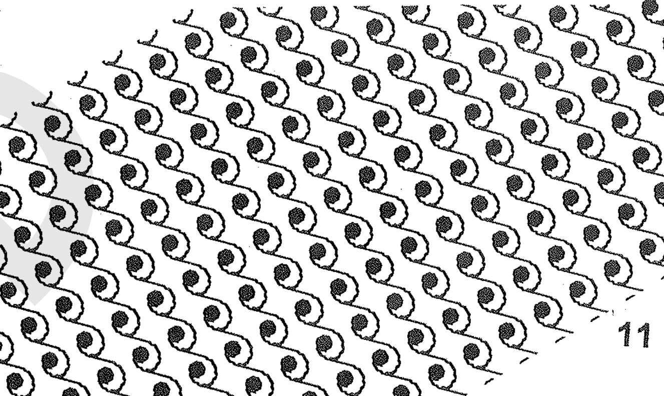
wir fordern euch auf - und das ist uns sehr ernst - jetzt einen moment innezuhalten. kommt zur besinnung! auch wenn ihr dabei über euren schatten springen müßt. wir wissen, daß euch das unser brief nicht einfach macht, aber ihr könntet verstehen, daß ihr uns keine andere möglichkeit gelassen habt, als nun das zu sagen, was wirklich ist.
es gibt vertrauen, das keine mauern brechen können. karl-heinz, lutz, knut, birgit und wir werden mit dieser spaltung umgehen können, aber wir wollen sie nicht!
vielleicht ist dies - wenn überhaupt - die letzte möglichkeit für was anderes.
es liegt nun an euch.

rote armee fraktion
2.11.1993

Presseerklärung zum angeblich geplanten "kollektiven Selbstmord als demonstrativer Akt" von Gefangenen aus der RAF

Die Gefangenen aus der RAF in Lübeck Irmgard Möller, Christine Kuby und Hanna Krabbe sind seit heute abend unter ständige Bewachung und Beobachtung gestellt worden.
Dies wird vom Justizministerium Schleswig Holstein mit Informationen des LKA Baden-Würtemberg begründet, welches angeblich Hinweise darauf habe, Gefangene aus der RAF würden für den 11. 11. 93 einen "kollektiven Selbstmord als demonstrativen Akt" planen. Es soll um die Gefangenen gehen, die die Erklärung von Brigitte Mohnhaupt vom 28. 10. 93 unterschrieben haben.
Wir wissen von unseren Mandantinnen und den Verteidigern und VerteidigerInnen der anderen Gefangenen, daß diese keinen Selbstmord planen und nicht Selbstmordgefährdet sind. Das ist auch dem Staatsschutz durch die Überwachung der Gefangenen bekannt.
Wir begreifen die Vorgänge als Drohung gegen das Leben der Gefangenen und wir müssen es so begreifen. Das Szenario erinnert an den Tod der Gefangenen in Stammheim 1977, dem auch Gerüchte über angebliche Selbstmordabsichten vorausgingen. Der Versuch, eine Tötung als Selbstmord zu deklarieren, ist auch durch die Vorgänge um den Tod von Wolfgang Grams gerade aktuell.
Für die Gefangenen in Lübeck, insbesondere für Irmgard Möller, die die Nacht des 18. 10. 77 in Stammheim als einzige überlebte, bedeuten diese Unterstellungen und die damit begründeten Repressalien gegen sie Bedrohung und Terrorisierung. Wir fürchten auch um die Gefangenen in anderen Gefängnissen, über die wir nichts wissen.
AnwältInnen

Die Maßnahme der ständigen Überwachung und Beobachtung wurde vom Justizministerium Schleswig-Holstein vom 10. - 19. November um 24.00 h angeordnet, bzw. dann wieder aufgehoben.



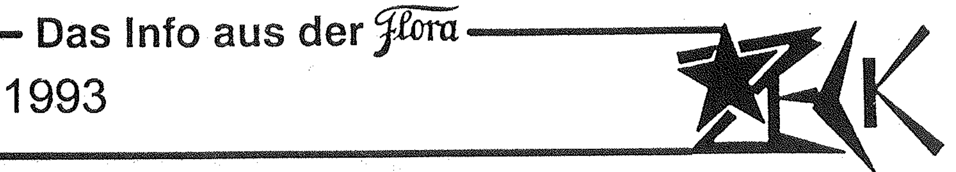


Bad Kleinen im Ötztal

Der Tote muß Hals über Kopf geflüchtet sein. Neben seinem Leichnam fand man seine Waffen, der Körper wieß Verletzungen auf. 5000 Jahre lag Ötzi im Gletschereis der Südtiroler Alpen, als man ihn im Sommer 1991 fand. Heute weiß man, daß er nach einem hastigen Aufbruch aus dem nahegelegenen Tal in den Bergen Zuflucht gesucht hat. Er hat zur Späternte im September sein Tal verlassen, möglicherweise bedrängt, denn er hatte stark schmerzende Verletzungen am Brustkorb. Am Fuße des Gletschers verließen ihn die Kräfte, Bandscheiben- und Gelenkschmerzen und seine frische Verletzung quälen ihn. Hinter einer kleinen Anhöhe sucht er Schutz, versucht seinen Bogen zu reparieren; in den folgenden Tagen verliert er zunehmensd an Kraft, sein Proviant geht zur Neige (getrocknetes Fleisch), schließlich stirbt er an Erfrierungen.
Das alles hat die Wissenschaft aus einem mumifizierten Bündel von Haut und Knochen herausbekommen können. Es entsteht der Eindruck, daß die wissenschaftliche Kompetenz mit zunehmender Nähe zum zu untersuchenden Ereignis in einem rapiden Maße sinkt. Denn 5 Monate nach den Ereignissen um die Ermordung von Wolfgang Grams darf die Wissenschaft nur einen Bruchteil dessen herausbekommen, was sie nach 5 Jahrtausenden wissen kann. 4999 Jahre zu warten brauchen wir aber nicht, die spärlichen Fakten sprechen eine deutliche Sprache.
Sozusagen "heimlich, still und leise" werden in dem **"Abschlußgutachten der Stadtpolizei Zürich"** zunächst neue und alarmierende Fakten versteckt: nachdem die GSG9-Beamten immer behauptet haben, nie in unmittelbarer Nähe zu Grams gewesen zu sein, gibt es im Abschlußbericht nunmehr Blut- und Gewebespuren an der Jacke eines der im Mordverdacht stehenden Beamten - doch das ficht die Gutachter nicht an, das Ergebnis sieht so aus:
"Aufgrund der als Kontaktspur interpretierten Blutspur und der spärlichen Rückstände an der Jacke des GSG9-Beamten halten wir (...) eine Fremdbeibringung der Nahschußverletzung durch diesen Beamten (exekutionsähnliche Handlung) für praktisch ausgeschlossen. Es gibt somit auch aus unserer Sicht keine neuen Erkenntnisse, die zwingend gegen eine Selbstbeibringung des Nahschusses durch Grams sprechen würden."

Widmen wir uns allein diesem schmalen Auszug aus dem Ausschußbericht, unter dem Aspekt der verwendeten Sprache, wird die offensichtlich zielgerichtete und gewollte Verdrehung von Fakten sichtbar. Die in der Öffentlichkeit bisher nicht bekannten Blut- und Gewebeanhaftungen an der Jacke eines GSG9-Beamten werden als "*Kontaktspur*" **interpretiert**: eine Interpetation ist jedoch eine wertende Beurteilung eines Sachverhaltes neben anderen möglichen. Es heißt aber, daß "*aufgrund*" dieser Interpretation eine Nahschußverletzung "*praktisch ausgeschlossen*" sei. **Praktisch ausgeschlossen** bedeutet eine sehr durchsichtige Formulierung für die einfache Tatsache, daß es auch anders gewesen sein kann. Die zur Alternative stehende Version lautet "*exekutionsähnliche Handlung*" durch den Beamten Nr.6 - die wird "*praktisch ausgeschlossen*"; sie ist damit jedoch nicht faktisch auszuschließen! Diese durch die Verfassenden selbst stark relativierte Aussage, ein Mord an Wolfgang Grams sei die unwarscheinlichere Version, dient als Basis für den weiteren Schluß ("*somit*"), daß es keine Fakten gibt, die einen Mord rechtfertigen würden. Die Formulierung "*zwingend gegen eine Selbstbeibringung ... sprechen würden*" signalisiert, daß es allerdings durchaus Erkenntnisse gibt, die den Ablauf der Tötung von Grams als Exekution möglich erscheinen lassen. Nur halten die Verfasser des Gutachtens diese möglichen Erkenntnisse nicht für "*zwingend*" - die Crux daran ist wiederum, daß das nichts weiter als eine **Interpretation** ist, welche Erkenntnisse zu "*zwingenden*" Schlüssen führen und welche nicht. Deutlich wird dies auch an der Verwendung des Konjunktivs "*...sprechen würde.*": der Konjunktiv ist die 'Möglichkeitsform' in der Sprache, die Verfassenden belegen dadurch selbst, daß sie durch den Gebrauch des Worts "*zwingend*" nur eine mögliche Wertung der Erkenntnisse vornehmen.
Das alles berechtigt dazu, den vorliegenden Auszug aus dem Gutachten der Züricher Stadtpolizei einmal in der anderen und durch die Vagheit der Formulierungen durchaus dazu gleichberechtigten Version zu präsentieren:





IT'S TIME FOR NEW DIRECTIONS AND NEW BEGINNINGS

"Aufgrund der als Kontaktspur interpretierten Blutspur und der spärlichen Rückstände an der Jacke des GSG 9-Beamten Nr.6 halten wir (...) eine Fremdbeibringung der Nah-Schußverletzung durch diesen Beamten (exekutionsähnliche Handlung) für praktisch nicht ausgeschlossen. Es gibt somit auch aus unserer Sicht Erkenntnisse, die gegen eine Selbstbeibringung des Nahschusses durch Grams sprechen können."

Auf diese Version des Gutachtens wird die Öffentlichkeit jedoch vergeblich warten. Stattdessen wir die "Unfallversion" vorbereitet, falls die Selbstmordvariante nicht zu halten sein wird. Und dafür gibt es schon heute Hinweise. Im offiziellen Zwischenbericht der Bundesregierung wurde die Lage der Waffe von Wolfgang Grams mit auf der linken Seite von ihm im Gleisbett liegend angegeben, eine Änderung zu einer ursprünglichen Formulierung in diesem Bericht, die Wafffe habe rechts von Grams gelegen. Man darf davon ausgehen, daß die Korrektur dem Tatsachenbild entspricht. Ein beunruhigender Fakt, denn Grams ist Rechtshänder. All das wird in der öffentlichen Diskussion verschwiegen, Dagobert Lindlau (Ex-GSG9-Berater) schreibt: *"Durch die Wucht, mit der ein 9mm-Parageschoß auf Gewebe trifft, verdampfen Körperflüssigkeit zu einem feinen Spray, das sich auf Haut, Kleidern und Waffen niederschlägt (...). An der Kleidung der GSG 9-Beamten gab es weder Blutspritzer noch Blutspray, wohl aber an der Jacke und an der Waffe von Grams. Der Rückstoß hat Grams die Waffe aus der Hand gerissen. Millisekunden später lag sie neben ihm im Schotter. Dann senkte sich sofort der charakteristische Niederschlag auf die Waffe..."* ...und dann bekam die Waffe Beine und wanderte unter dem Blicken der geschockten GSG9-Beamten auf die andere Körperseite von Grams, legte sich nieder...!?? Im Wissen darum, daß sich die Tatsachenfeststellungen in keinen nachvollziehbaren Ablauf eines Selbstmordes bringen lassen (zumindest nach dem, was öffentlich bekannt ist), haben die Züricher Gutachter die Rückzugslinie aufgemacht, indem sie schon mal die Frage untersuchten, ob "*..etwa anläßlich einer Nahkampfhandlung Abläufe im Sinne einer unfallmäßigen Schußbeibringung zumindest denkbar*" seien - allein nach den bisherigen Aussagen der GSG9-Beamten eine völlig unsinnige Überlegung, da diese angeblich ja nie die Distanz von 1,5 Metern unterschritten haben. Aber was im Zusammenhang mit einem Denkbaren Mord als unseriöse Spekulation abgetan wird, wird in jede andere Richtung als legitime Erörterung gerechtfertigt. Wie sehr jedenfalls die Selbstmord-Version zum Himmel stinkt, sieht man an der Einschätzung der erzreaktionären FAZ zum Züricher Gutachten: sie hält das Ergebnis für "eine Art Freispruch"...

***

WE ARE RESPONSIBLE FOR WRITING AND REWRITING HISTORY

Das AyslbewerberInnenleistungsgesetz - ein rassistisches Sondergesetz

Seit dem 1.11.93 ist das AsylbewerberInnenleistungsgsetz inkraft. Mit ihm werden:
-asylsuchende Flüchtlinge aus dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) ausgegrenzt
-eine neue Definition des Existenzminimums weit unterhalb der (bisher als Existenzminimum geltenden) Sozialhilfe festgeschrieben
-die Sozialhilfe für alle Ausländer eingeschränkt, weil der § 120 BSHG gleichzeitig geändert wird: der Ermessensspielraum der Sozialämter bei der Gewährung von Sozialhilfe für MigrantInnen, die in die BRD eingereist sind, "möglicherweise" um Sozialhilfe zu beziehen etwa in Form von Krankenhilfe bei Kriegsverletzungen, wird auf ein Minimum reduziert.
Das AsylbewerberInnenleistungsgesetz verschärft durch seine rechtssystematische Sonderstellung und durch die extreme, durch nichts zu legitimierende Absenkung der Leistung unterhalb des Existenzminimums die gesetzliche Diskriminierung ausländischer Flüchtlinge. Es ist zu befürchten, daß dies Vorbildwirkung auf Bevölkerungsgruppen mit rassistischen und ausländerInnenfeindlichen Grundstimmungen hat, und so Rassismus und Gewalt gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge innerhalb und außerhalb staatlicher Institutionen gefördert werden.

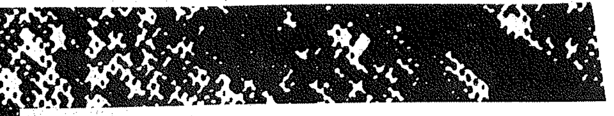
Die Kosten des Asylbewerberleistungegesetzes

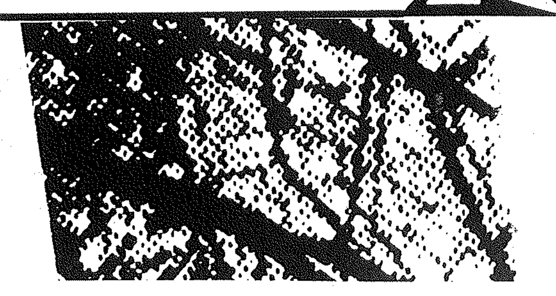
Vorgeblich sollen durch dieses Gesetz Einsparungen erzielt werden, dadurch daß statt Geldleistungen in Höhe des normalen Sozialhilfesatzes regelhaft Sachleistungen von durchschnittlich 20% niedrigerem Wert erbracht werden. Aber: die organisierte Bevormundung und Entwürdigung der Flüchtlinge durch das Sachleistungsprinzip verursacht erhebliche Kosten: Essenszubereitung bzw. Zusammenstellung von Paketen, Zuteilung von Essen, Hygieneartikeln, Kleidung und Schuhen, Personalkosten, Transportkosten, Verwaltungs- und Abrechnungsaufwand. Der Auftrag dazu kann für Firmen und Verbände nur profitabel sein, wenn die Kosten durch Einsparungen bei Menge und Qualität des Essens, den Dingen zur Gesundheits- und Körperpflege, der Kleidung etc. aufgefangen werden. Dort, wo bislang das Sachleistungsprinzip schon galt, wurde regelmäßig entgegen der Beteuerung der zuständigen Stellen unzureichendes Essen mangelhafter Qualität geliefert, teils verdorbene Ware oder solche mit abgelaufenem Verfallsdatum, Schweinefleisch für Moslems oder undefinierbare Fleischzubereitungen, keine Rücksicht auf Ernährungsbedürfnisse von DiabetikerInnen, Säuglingen und Schwangeren, kaum frisches Obst und Gemüse, etc. ...
Es ist zu befürchten, daß so die erheblichen Verwaltungs- und Organisationskosten für die Umsetzung des Sachleistungsprinzips großenteils auf die Flüchtlinge abgewälzt werden. Dies ist z.B. in Brandenburg nach den Richtlinien der Sozialministerin Hildebrandt bereits jetzt der Fall und führt in der Praxis zu einer Kürzung des Wertes der Hilfe von fast 50%. Wenn der Aufwand für die Versorgung mit Sachleistungen von den Ämtern erbracht bzw. zusätzlich honoriert würde, führte das AsylbewerberInnenleistungsgesetz trotz gekürzter Leistungen zu keinen Einsparungen, sondern zu ganz erheblichen Mehrkosten.
Eine mögliche Variante ist, daß künftig SozialarbeiterInnen mit der Verteilung und Verwaltung von Essenspaketen, Wertgutscheinen, Taschengeld beauftragt werden. Das DRK Niedersachsen hat bereits eine entsprechende Anweisung erlassen. Im Ergebnis fehlt die Zeit für die Flüchtlingsberatung und es werden den BetreuerInnen Kontrollaufgaben übertragen.

Die Folgen der Sachleistungen und der Kürzung des Taschengeldes

Die Kürzung der Barzahlung auf max. 80,-- DM monatlich macht es den Flüchtlingen praktisch unmöglich, das Asylverfahren zu betreiben, da die notwendigen Telefon und Portokosten, Übersetzungs- und Anwaltskosten, Fahrtkosten zu AnwältInnen, Behörden und Beratungsstellen, die Beschaffung von Information und Dokumenten aus dem Herkunftsland usw. aus dem geringen Taschengeld keinesfalls bezahlt werden können.
AnwältInnen können aber ohne Vorschußzahlung der Flüchtlinge in der Regel keine Asylklagen bearbeiten: wenn Prozesskostenhilfe beantragt wird, ist dazu eine Begründung der Erfolgsaussichten der Klage nötig. Faktisch ist dafür die komplette Begründung der Asylklage notwendig, was umfangreiche Vorarbeit bedeutet. Eine Entscheidung über den (im Ergebnis meist abgelehnten) Prozeßkostenhilfe-Antrag trifft das Gericht häufig erst zusammen mit der Entscheidung über die Asylklage. Vorschüsse für Anwälte von 50,-- DM oder 100,--DM pro Monat haben sich Flüchtlinge bisher von der Sozialhilfe absparen müssen. Von 80,-- DM im Monat Taschengeld als einzigem verfügbaren Geldbetrag ist dies nicht mehr möglich.
Die durch Internierung in Sammellager, durch Zwangsverteilung und Reiseverbot erzwungene Isolation der Flüchtlinge wird durch das geringe Taschengeld zusätzlich verschärft: die 2,66 DM pro Tag reichen nicht, um Fahrtkosten zum Besuch von Freunden, Verwandten, Kulturveranstaltungen, Vereinigungen von Menschen/Flüchtlingen aus dem selben Herkunftsland etc. zu bezahlen.

Das Info aus der Flora
Nummer 21, Dezember 1993





Die Gesetzesbegründung (siehe Bundestagsdrucksache) behauptet, Flüchtlinge hätten "kein Bedürfnis nach Bildung" und auch sonst geringere persönliche Bedürfnisse als Deutsche. Sie bräuchten deshalb weniger als die als Existenzminimum für Deutsche geltende Sozialhilfe zum Leben.

Medizinische Versorgung

Nicht akute Erkrankungen dürfen nach dem AsylbewerberInnenleistungsgesetz nicht mehr behandelt werden, so z.B. längerfristige Versorgung vom Amputationen, Querschnittslähmung etc.; Anspruch auf Hilfsmittel wie Brillen, Gehstock, Prothesen, Rollstuhl entfällt grundsätzlich.
Die freie Arzt- und Krankenhauswahl ist abgeschafft, die Versorgung beispielsweise durch LagerärztInnen geplant, wenn im Gesetz formuliert ist: "die zuständige Behörde stellt die ärztliche und zahnärztliche Versorgung ... sicher." Die Begründung dazu: "Hintergrund dieser Bestimmung ist der Gedanke, für den von diesem Gesetz umfaßten Personenkreis die freie Arztwahl auszuschließen." (Bundestagsdrucksache 12/4451 vom 2.3.93, Seite 12).
Der Gesetzesentwurf geht im Bereich der Krankenhilfe von Einsparungen in Höhe von 25% der bisherigen Leistungen aus, trotz der zusätzlich zu finanzierenden neuen Pflichtuntersuchungen für alle Asylsuchenden. Kalkuliert wird mit Kosten von 104,-- Dm pro Monat pro Person statt bisher 139,-- DM (Drucksache 12/4451, Seite 6).

Zwangsarbeit

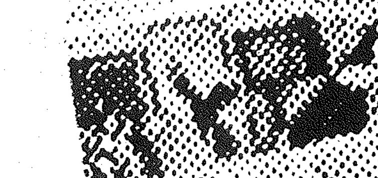
Als Regelfall wird mit dem AsylbewerberInnenleistungsgesetz der Arbeitsdienst für alle Asylsuchende eingeführt. Die Entlohnung beträgt 2,--DM pro Stunde. Die Bestimmungen der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung und des Arbeitsrechts sollen für diese Zwangsarbeit ausdrücklich nicht gelten.
Der Arbeitsdienst in einer Aufnahmeeinrichtung oder einem vergleichbaren Sammellager zur Aufrechterhaltung und Betreibung der Einrichtung muß nicht mehr wie nach § 19 BSHG "gemeinnützig und zusätzlich" sein. Somit kann auch ein privater Lagerbetreiber den Arbeitsdienst einsetzen, um seinen Profit zu mehren.
Wer sich weigert, dem wird der Taschengeldbetrag gekürzt.
Die Pflicht zum Arbeitsdienst betrifft alle arbeitsfähigen Personen, die nicht mehr im schulpflichtigen Alter sind. Nach dem Wortlaut des Gesetzes betrifft dies auch arbeitsfähige Personen im Rentenalter und Schüler ab der 11. Klasse.

Einkommen und Vermögen

SozialhilfeempfängerInnen können trotz laufender Leistungen für den Lebensunterhalt eine begrenzte Menge Geldes "auf der hohen Kante" haben: 2500,-- DM für den Haushaltsvorstand, 1200,-- bis 500,-- DM für jeden Haushaltsangehörigen; dieser sogenannte Vermögensfreibetrag gem. § 88 BSHG entfällt für AsylbewerberInnen völlig.
Neben den Leistungen nach dem AsylbewerberInnenleistungsgesetz dürfen sie nur das Einkommen aus der Zwangsarbeit behalten und - falls sie einer normalen Tätigkeit nachgehen - 25% ihres Arbeitseinkommens, max. jedoch 264,--DM monatlich für den Haushaltsvorstand und max. 243,--DM monatlich für die Haushaltsangehörigen. Fahrtkosten zur Arbeit und Arbeitskleidung sowie andere sog. Werbungskosten, die im Zusammenhang mit der Arbeitstätigkeit stehen, werden - anders als bei SozialhilfeempfängerInnen - nicht mehr berücksichtigt.

Krankenhilfe für AusländerInnen, die keinen Asylantrag stellen

Für sie wird im neuen Abs. 3 des § 120 BSHG die Einschränkung noch einmal besonders verdeutlicht. Ziel sind hier in erster Linie Kriegsflüchtlinge mit Duldung oder Aufenthaltsbefugnis, die mit schweren Verletzungen und Behinderungen der medizinischen Behandlung und Rehabilitation bedürfen. Der Anspruch wird hier noch weiter als bei Asylsuchenden reduziert auf
- die Behandlung akut lebensbedrohlicher Zustände
- die unaufschiebbare und unabweisbare Behandlung einer schweren oder ansteckenden Erkrankung.
Kostenaufwendige, ggf. im Heimatland nicht mögliche Behandlungen sollen auch hier verweigert werden: Kriegsopfer mit schweren, aber nicht akut lebensbedrohlichen Erkrankungen, Verletzungen und Behinderungen - Granatsplitter im Körper, Amputationsversorgung, Giftgasopfer, Herzoperationen, Folgen von Folter usw. ...



Rückkehrberatung

Sie ist für nicht asylsuchende MigrantInnen neu ins BSHG aufgenommen worden. Künftig müssen alle sozialhilfebedürftigen MigrantInnen unabhängig von der Aufenthaltsdauer vom Sozialamt darauf verwiesen werden, in ihr Herkunftsland zurückzukehren, sofern nur entsprechende Programme existieren (in Berlin z.B. Rückkehrhilferichtlinien der Ausländerbeauftragten für arbeitslose AusländerInnen). Das rassistisch motivierte "Ausländer raus" mancher Sachbearbeiter findet hier eine gesetzliche Grundlage. Wie auf die Inanspruchnahme "hinzuwirken" ist, sagt das Gesetz nicht. Durch die Aufforderung, Rückkehrberatung in Anspruch zu nehmen und dies nachzuweisen? Mit Sanktionsmöglichkeiten im Weigerungsfalle (Kürzung oder Streichung der Hilfe)? Oder "nur" durch die mehr oder weniger deutlich formulierte Aufforderung. Deutschland möglichst bald zu verlassen?

Solidarität mit allen besetzten Zentren! Solidarität ist unsere Waffe.

Wir wehren uns mit dieser Aktion gegen die ständigen Angriffe auf selbstverwaltete soziale und autonome Zentren. Wir haben heute, am 18.11.93, an drei seit Jahren leerstehenden Häusern (Lobuschstraße, Schanzenstraße/Laue, Kleiner Schäferkamp/ehemaliges Altersheim) Transparente mit folgendem Inhalt angebracht:

Hände weg vom Leoncavallo in Milano und allen besetzten Zentren.
(Giu le Mani da Leonka e da tutti C.S.A.O.)

Das Leoncavallo in Milano, Italien, ist ein seit fast 20 Jahren besetztes soziales Zentrum. Das Leoncavallo ist vor vier Jahren schon einmal geräumt und zum Teil zerstört worden. Das Restgebäude wurde nach heftigen Auseinandersetzungen wiederbesetzt und wiederaufgebaut. Seit der Machtübenahme durch die rechtsextreme Lega Nord, hat sich der Räumungsdruck gegen alle besetzten Häuser und Zentren in (Nord)Italien wieder verstärkt. So wurde vor kurzem die besetzten Zentren in Brescia, Cremona und Padua geräumt. Auch das Leoncavallo hatte für Ende Oktober ein Räumungsultimatum gesetzt bekommen. Durch eine massive landesweite Kampagne, die mit Großdemonstrationen und kulturellen Veranstaltungen von einem breiten Spektrum von Autonomen bis bürgerlichen Prominenten und Kulturschaffenden getragen wurde, konnte die Räumung vorerst verhindert werden. Letztlich schreckte die Polizeiführung in Rom vor einer Eskalation zurück und ließ gegen den Willen des Bürgermeisters von Milano Bossi, Chef der Lega Nord) nicht räumen.

Es geht uns auch um die Unterstützung der selbstverwalteten Strukturen in Hamburg. Wie das Leoncavallo und die Wohlgroth ist auch die Rote Flora im Schanzenviertel als besetztes Zentrum immer noch von Räumung bedroht. Daß die Rote Flora vom Senat unter dem Stichwort 'Innere Sicherheit' und nicht unter 'Stadtteilkultur' gehandelt wird, macht dies deutlich.
Hände weg von der Roten Flora!
Keine Räumung der Hafenstraße!

Unsere Aktion soll Teil der Solidaritätskampagne für den Erhalt des Leoncavallo und aller besetzten Häuser und Zentren in Milano sein. Gerade vor dem Hintergrund des europaweiten Schulterschlusses der Repressionsapparate mit dem Ziel, selbstverwaltete Strukturen zu zerschlagen, ist es umso wichtiger, daß Menschen, die für ein herrschaftsfreies Leben kämpfen, sich aufeinander beziehen.
(Flugblatt zur Aktion)

Wir grüßen an dieser Stelle die GenossInnen aus der besetzten Kulturfabrik Wohlgroth in Zürich, die ein endgültiges Räumungsultimatum für den 17.11.93 bekommen haben. Wohlgroth bleibt!



Gent-Belgien:

'Het krakend gewicht' geräumt, mehrere Häuser durchsucht

Am 27.10.93 wurde das seit eineinhalb Jahren besetzte Haus 'Het Krakend Gewicht (Das krachende Gelenk)' in der Slinke Molen Straat 33-47 geräumt, die BewohnerInnen stundenlang verhört.

Das erste der 8 kleinen Häuser wurde im Mai 92 besetzt, die anderen in den darauffolgenden Monaten, und mit Durchbrüchen miteinander verbunden. In den Häusern gab es eine vegane Volksküche, Werkstatt, Fahrradwerkstatt, Raum für Infoabende und nicht zuletzt Wohnraum.

Geräumt wurde Aufgrund eines Haudurchsuchungsbefehls mit dem Ziel, Spuren der Täter von 'Anschlägen' auf das dänische Konsulat in Gent wegen der Schüsse auf DemonstrantInnen nach dem EG-Referendum in Kopenhagen zu finden. Bei diesen 'Anschlägen' wurde das Konsulat mit Mollies, Steinen, Buttersäue und Parolen bedacht.

Es wurden mit diesem Ziel noch 7 weitere Wohnungen und Cafes durchsucht, einige ohne Namen auf dem Durchsuchungsbefehl. Die Bullen haben Papiere, Fotos, Adressen, Zeitungen und vieles mehr mitgenommen, bevor die Häuser zugemauert wurden. Der Besitz der BewohnerInnen landete zum Großteil auf dem Müll.

Das alles war ein Versuch, die politisch aktiven und nicht staatskonform lebenden Menschen zu kriminalisieren und einen Einblick in die Aktivitäten und Zusammenhänge zu bekommen. Aufgrund der Räumung gab es am 23.11. eine Demo gegen Leerstand und Cityforming, für Kraaken und selbstbestimmte Lebensformen.

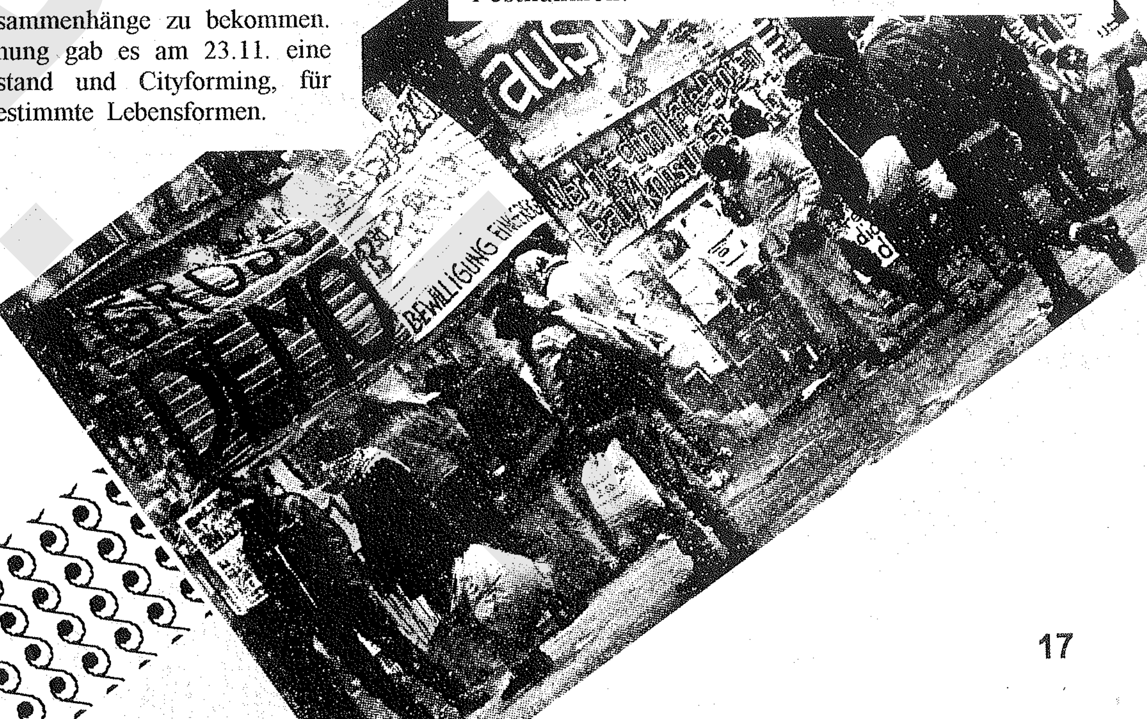
Wohlgroth in Zürich geräumt



Wohlgroth in Zürich geräumt

Der seit 2 1/2 besetzte Komplex in der Züricher Innenstadt wurde am 23.11. von einem massiven Polizeiaufgebot geräumt. Dabei ließen sich Spezialbullen von Hubschraubern auf Dächern absetzen, Wasserwerfer und Tränengas wurden eingesetzt. Nach dem Verstreichen des Räumungsultimatums am 18.11. bot der Besitzer, die Bührle AG eine kleine Fabrik am Stadtrand zum Tausch an. Das Angebot war jedoch für die BesetzerInnen unakzeptabel. (zu klein, kein Wohnraum) Am Samstag gb es eine Demonstration für den Erhalt der Wohlgroth, am Dienstag in aller Frühe wurde geräumt. Danach kam es in der Innenstadt zu einigen Entglasungsaktionen.

Auch in der Nacht zum 26.11. kam es zu schweren Auseinandersetzungen in Zürich, als die Polizei versuchte, eine Kundgebung aufzulösen. Die Polizei setzte Hubschrauber sowie Wasserwerfer und Tränengas ein. Es kam zu 39 vorübergehenden Festnahmen.



Leibesübungen in Mölln, Abschrift zur Dokumentation:

"Sollte sich ein gewisser Michael August aus Mölln fragen, warum er am 7.11.93 gegen 3 Uhr 15 unsanft geweckt wurde, so bekommt er nun die Antwort:
Wer sich die Reichskriegsflagge ins Fenster bzw. an die Wand daneben hängt oder es sich zum Sport macht, Menschen tätlich anzugreifen, nur weil sie nicht in sein engstirniges Weltbild passen (z.B. beim 92er Herbstmarkt gemeinsam mit seinem Vater oder zu anderen Gelegenheiten...), braucht sich jedenfalls nicht zu wundern, wenn einige der potentiellen Opfer ihm zwischendurch mal klarmachen, daß er sich vorsehen soll. Es hätte auch jeden anderen Möllner Fascho treffen können. Und das wird es auch, wenn sich nicht demnächst was ändert. Aber davon gehen wir erstmal nicht aus, denn wie vielerorts sind auch in Mölln die Bullen auf dem rechten Auge blind. Gegen die örtlichen Antifas hingegen kommt der Repressionsapparat voll zur Geltung.
Also, wir haben noch mehr Pflastersteine und kennen noch einige relevante Ziele. Faschos, seht euch vor, wir können uns auch noch steigern - es liegt ganz an euch, wir haben euch im Visier.
Faschos müssen immer Glück haben, wir dagegen nur einmal!
Autonome Zelle 'Nachtwächter' "

Kein Länderspiel am 19./20.4.94!!

Der DFB will am 20.4.94 - bislang bekannt als "Führers Geburtstag" und rechtsextremer Feier- und Aufmarschtag - im Volksparkstadion ein Länderspiel gegen England austragen. Am Vorabend soll der sogenannte B-Kader am Millerntor gegen das englische B-Team spielen. Der DFB will scheinbar nicht sehen, daß Länderspiele generell rechtsorientierte Hooligans und andere faschistoide Erscheinungen anlocken, die diese dann für ihre Aktionen benutzen. Der Termin 19./20.4. läßt einen verstärkten Aufmarsch genannter Gruppierungen erwarten.
Dies bedeutet:
-den Aufmarsch von gewalttätigen Neonazis
-gewaltbereiten Hooligans aus der BRD und aus England
-Hundertschaften Polizei
-Krawalle in und um die Stadien und erfahrungsgemäß im Stadtteil St.Pauli (Kneipen, Läden usw.)
Dies nehmen wir nicht hin!
Wir haben am Millerntor ein antirassistisches Klima geschaffen.
Nationalistische und Ausländerfeindliche Parolen und Horden haben dort nichts zu suchen. So steht es auch in der FC St.Pauli-Stadionordnung.
Dasselbe gilt auch für den Stadtteil St.Pauli, in dem wir leben.
Deshalb fordern wir den DFB, den Hamburger Fußballverband und die Vereinsführung des FC St.Pauli auf, diese Spiele im Vorfeld abzusagen.
(Informationen vom Fan-Laden)





Der Prozeß-Bandwurm

Mit dem Florapark fing alles soo schön an... dann (23.7.91) Räumung... (27.7.) aus Protest Besetzung des Rathausbalkons.... Dann Sommer 1992 Verurteilung (zu 30 Tagessätzen) im Prozeß beim berüchtigten Amtsrichter Nils Graue wegen Hausfriedensbruch und Beleidigung. ... hier Entstehung des nächsten (jetzigen) Prozesses: Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.
Amtsrichter Henning Haage (hat auch seine ganz persönliche Geschichte) hat es dann im Frühjahr 1993 nicht nur geschafft, ein Urteil (von 20 Tagessätzen) zu verkünden - weshalb jetzt (21.12.) in der nächsten Instanz weiterprozessiert wird - sondern verschaffte den Gerichten noch weitere Beschäftigungen: an ProzeßzuhörerInnen gab's direkt vor Ort zweimal Ordnungsstrafen und einmal zwei Tage Ordnungshaft (mit sofortiger Wirkung).

Es scheint eine 'never-ending-story' zu werden, an der offensichtlich immer mehr Menschen persönlich Gefallen finden. Also laßt es Euch nicht entgehen!

Nächster Akt dieses Schauspiels:
(zu Gast als ZeugInnen: Amtsrichter: Nils Graue
Staatsanwältin: Ruhl
Wachtmeister: Hampke un Kiederowski)

Dienstag, 21.12.93 9 Uhr
Landgericht Karl-Muck-Platz
Gebäude KMPL 1, I Zimmer 132

bis denn!

***

Kein Hotel Feldstraße!

Zur Erinnerung: Auf dem Grundstück der Feldstrasse 53-58, wo seit Jahren der Bau eines 7-stöckigen Hotels geplant ist, tut sich Schreckliches. Als letztes wurde '91 das alte Badehaus abgerisen, dann war erst einmal Funkstille. Jetzt fangen sie wirklich an: es wird vermessen, ein stärkerer Bauzaun wurde hochgezogen, planiert, ein Container aufgestellt und gegenüber auf dem Heiligengeistfeld Wohncontainer für die ArbeiterInnen eingerichtet.
Bald geht's also los.
Was das bedeutet, sollten alle wissen:
- noch mehr Verkehr
- noch höhere Mieten
- noch weniger Licht und Grün
- noch mehr "imperialistische" MessebesucherInnen
- noch mehr Yuppies und Bonzen, die das Karo-Viertel nach ihren Wünschen umgestalten

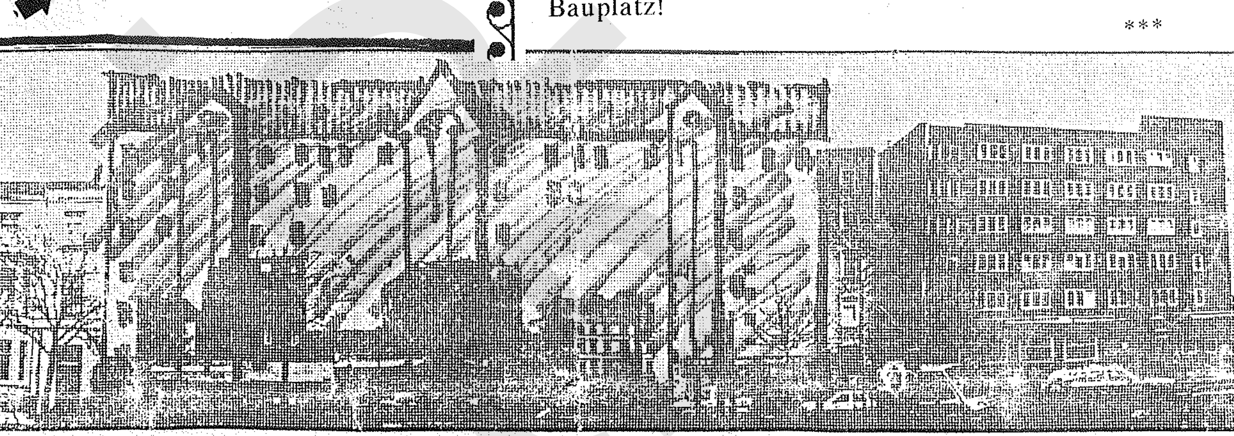
Das kann keine wollen!!!
Es gibt vielfältige Möglichkeiten, dagegen zu kämpfen:
- Infoveranstaltungen
- Sabotage
- Besetzungen (Hüttendörfer...)
- Spaßguerilla
- Sprühen, Schmierereien
- ...
Genauere Infos folgen!

Kein Bponzen- und Messehotel
Kein Quaree in Ottensen
Kein Luxus-Wasserturm
Für ein freies Karo-Viertel
Bullen und Yuppies raus
Kampf gegen Rassismus von oben und unten überall
Hafenstrasse und Flora bleiben

Wir wollen unseren Forderungen unter anderem in einer Demo Ausdruck verleihen, in der wir die Umstrukturierungen in Ottensen, im Schanzenpark und im Karoviertel miteinander verbinden wollen.(Hmpfstsbr? der Tipper!)

Kommt alle am 11.12. um 13.33 Uhr zum Spritzenplatz zur Fahraddemo und/oder um 14.30 Uhr zur S-Bahn Sternschanze zur Demo zum Bauplatz!

***



Berliner AntifaschistInnen festgenommen

Seit mehreren Tagen sitzen Mehmet, Abidin, Fatma und Erkan im Knast

Mehr als anderthalb Jahre nach dem Tod des Funktionärs der faschistischen Deutschen Liga, Gerhard Kaindl, verhaftete der Berliner Staatsschutz vier AntifaschistInnen und fahndet nach zehn weiteren. Der Vorwurf lautet auf Mord, Mordversuch, Beihilfe und Körperverletzung. Die Ermittlungsbehörden berufen sich auf Aussagen eines angeblich Tatbeteiligten, dessen Identität von den Behörden bislang geheimgehalten wird.
Seit Montag, dem 15. November durchsucht die Polizei Wohnungen von AntifaschistInnen, ihren Angehörigen und Freunden. Einer verhafteten 22-jährigen Kurdin wurde die Dienstwaffe an den Kopf gehalten. Als eine Nachbarin hinzukam, wurde diese ebenfalls mit gezogener Waffe am Kopf empfangen und ihr erklärt, die Beschuldigte sei eine Terroristin. Den Eltern eines weiteren Beschuldigten wurde sinngemäß erklärt, daß ihr Sohn liquidiert würde, falls er im Falle einer Verhaftung Widerstand leisten sollte.
Für Fatma gelten Sonderhaftbedingungen, was absolutes Kontaktverbot, keine Bücher, ständige Kontrolle, 23 Stunden Einschluß und Hofgang allein bedeutet. Bis zum Wochenende hat Fatma keinen Brief, kein Telegramm erhalten, beim bisher einzigen Besuch wurden weder Umarmungen noch Berührungen erlaubt. Über die Haftbedingungen der anderen Verhafteten ist bisher nichts bekannt.

Vorverurteilung durch die Medien und Polizei

Nach der Kriminalisierung von türkischen Jugendlichen seit 1991, die sich gegen den faschistischen Terror zu wehren begannen, folgte 1992 die Hetze gegen Antifasist Genlik, eine der wenigen antifaschistischen Initiativen verschiedener türkischer und kurdischer Menschen. Offensichtlich soll diese Initiative, wie schon 1992, kriminalisiert und jetzt als Tätergruppe aufgebaut werden.
Schon kurz nach dem Tod von Gerhard Kaindl stand für die Berliner Polizei fest, daß die vermeintlich Beteiligten türkischer Nationalität sein mußten, obwohl gleichzeitig betont wurde, daß "die Täter maskiert" gewesen seien. Damit fand von Polizeiseite eine Vorverurteilung statt, und die Rede war von "einem politisch motivierten Mord". Die Ermittlungen der 20-köpfigen Sonderkomission des Staatsschutzes zielten von Beginn an auf die Kriminalisierung von Antifasist Genlik. Sie steht auf dem Präsentierteller, weil sie sich als Initiative von türkischen Menschen selbst gegen den alltäglichen Rassismus und Faschismus stellt. Verhaftet wurden jetzt einige der Menschen, die stets auch öffentlich gegen Rassismus und Faschismus aufgetreten sind. In der Kriminalisierungs-Linie steht auch, daß es gegen Faschisten so gut wie nie einen Mordvorwurf gegeben hat - nach über 60 von Nazis ermordeten Menschen.
Jetzt wird in den Medien mit Überschriften wie "Mord an Rechtsextremist ist aufgeklärt (Tsp vom 20.11.93) schon im Vorfeld abgeurteilt. Die Vorreiterrolle in dieser Kampagne hat dabei der Tagesspiegel, der sich zuletzt sogar auf die Justizsprecherin berief. Im deutlichen Kontrast zu den Verharmlosungen, die wir aus den Prozessen gegen Faschisten kennen, werden hier die bisher über zehn Durchsuchungen mit sichtlicher Genugtuung begleitet. Unrecherchiert wird die These übernommen, daß eine türkische Antifa-Gruppe für den für den Tod Kaindls verantwortlich sein soll. Stets wurde und wird von Medien, Polizei und Justiz der angeblich unpolitische Hintergrund von faschistischen Mördern betont, die Einzeltätertheorie vertreten oder gar Verständnis verbreitet. Die Entpolitisierung rassistischer Pogrome und Morde steht auf der Tagesordnung, während gleichzeitig nahezu jedes Wochenende Menschen umgebracht, mit Molotow-Coctails beworfen oder zusammengetreten werden. Daß in einem politisch von Pogromen und staatlich forciertem Rassismus aufgeheizten Klima in einer Auseinandersetzung dabei auch ein Faschist umkommen kann, ist nicht verwunderlich. Auch eine Kriminalisierung, wie wir sie jetzt erneut erleben, wird uns nicht davon abhalten, weiterhin gegen Rassismus und Faschismus zu kämpfen. Wir finden es richtig und notwendig, wenn wir von Nazi-Treffen hören, dort hinzugehen, vor Ort präsent zu sein und einzugreifen.



Was ist die Deutsche Liga?

Die Deutsche Liga für Volk und Heimat ist eine faschistische Sammlungspartei, die es sich zum Ziel gesezt hat, die zersplitterten NS-Gruppen unter einem Dach zu vereinen. In Berlin-Brandenburg ist die Deutsche Liga und die von ihr geleitete Wählergemeinschaft "Die Nationalen" auf das engste verknüpft mit Mitgliedern der verbotenen Nationalistischen Front und der Deutschen Alternative. Diese Neonazi-Organisationen stehen hinter einem großen Teil der Terroranschläge auf Flüchtlinge, ImmigrantInnen und fortschrittliche Jugendliche. Der Landesvorsitzende der Deutschen Liga, Frank Schwerdt, rechtfertigte das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen "als natürliche und gesunde Regungen in unserem Volk". Nach dem Mordanschlag von Solingen stellte sich heraus, daß drei der Beschuldigten Mitglieder der Solinger Kampfsportschule des Deutsche Liga Mitglieds Bernd Schmitt waren. Dieser leitete eine bundesweit organisierte Schlägertruppe für die Deutsche Liga und andere NS-Organisationen.
Die Deutsche Liga ist eine der Nazi-Gruppen, die maßgeblich für die rassistische Brandschatzerei, die 64 Morde und tausenden von Angriffen seit der "Vereinigung" in diesem Land verantwortlich ist. Der getötete Gerhard Kaindl war Landesschriftführer seiner Organisation.

Kumpanei von Justizverwaltung und Nazis

Offensichtlich ist, daß Ermittlungsergebnisse des Staatsschutzes an die Deutsche Liga weitergegeben wurden. Diese meldete in ihrer Parteizeitung (Deutsche Rundschau 10/93), daß "sämtliche acht Täter ermittelt seien". Die Nazis erklärten, auch die "Namen und Anschriften der türkischen Mörder" seien ihnen bekannt, und alle Beteiligten seien "Antifasist Genlik" zuzuordnen. Der Artikel endete mit der offenen Drohung "Wir kriegen Euch alle".



Polizei und Justiz auf dem rechten Auge blind

Während also angeblich in diesem "Fall" alles klar, der vermeintliche Mörd aufgeklärt ist, ist in anderen Fällen die Berliner Polizei weitaus "vorsichtiger" mit Anschuldigungen; immer dann, wenn es sich um Täter aus den Reihen des Nazi-Spektrums handelt. Am Sonntag, dem 21. November, ist es genau ein Jahr her, daß der Antifaschist Silvio Meyer auf einem Friedrichshainer U-Bahnhof umgebracht wurde. Damals trat die Berliner mit einem falschen Obduktionsergebnis an die Öffentlichkeit und behauptete, das Messer, mit dem Silvio getötet worden war, sei sein eigenes und der Täter hätte in Notwehr gehandelt. Obwohl die drei später verurteilten Täter direkt aus dem Judith-Auer Club kamen, der zu der Zeit eine der wichtigsten Rekrutierungsorte auswärtiger und Berliner Neonazis war, wurde ein politischer Hintergrund von vornherein ausgeschlossen. Von vornherein ausgeschlossen wurde auch eine Anklage wegen Mord. In der Hauptverhandlung wurde den angreifenden Faschos bescheinigt, daß sie nicht in Tötungsabsicht gehandelt hätten und es die angegriffenen Antifas waren, die provoziert hätten, weil sie nicht weggelaufen sind

Wir werden auch in Zukunft nicht weglaufen!

-Sofortige Freilassung aller Gefangenen!
-Schluß mit der Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!
-Lückenlose Aufklärung der Kontakte zwischen faschistischen Kadern und Staatsschutz!
-Knastkundgebungen an der Plötze und in Moabit am 5. Dezember 1993, achtet auf Ankündigungen!

FreundInnen und AntifaschistInnen, Berlin 21.11.1993

Noch mal grundsätzlich:
Keine Aussagen bei Polizei und Justiz, keine Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden, keine Spekulationen und Gerüchte...

Zum Verbot der PKK

Wir protestieren gegen das Verbot der PKK und demokratischer Vereine in der BRD

Heute
- wo das kurdische Volk einem Krieg durch den türkischen Staat ausgesetzt ist, der sich in der Zerstörung ganzer Städte, der Vernichtung hunderter Dörfer, der Vertreibung von millionen kurdischer Menschen und der Ermordung hunderter demokratischer Persönlichkeiten ausdrückt,
- wo das kurdische Volk in nie dagewesener Entschlossenheit und Einheit einen nach jedem Völkerrecht legitimen Kampf für seine Freiheit und nationale Unabhängigkeit von kolonialer Unterdrückung führt,

besteht die Politik der BRD darin
- weitere Kriegswaffen unermeßlichen Ausmaßes an die türkische Regierung zu liefern, die dort nachgewiesenermaßen tagtäglich gegen das kurdische Volk eingesetzt werden,
- die führende Kraft des kurdischen Volkes, die Arbeiterpartei Kurdistans, die PKK, zu verbieten und mit ihr in fast allen Städten der BRD die mit dem Befreiungskampf des kurdischen Volkes sympatisierenden kurdischen Vereine, sowie die kurdische Nachrichtenagentur KURD-HA.

Mit diesem Vorgehen stellt die Bundesregierung sich auf die Seite des türkischen Staates in seinem schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk. Für die ca. 500 000 hier in der BRD lebenden KurdInnen bedeutet dies: Abschaffung oder zumindest erhebliche Beschneidung ihrer Grundrechte auf Versammlungs- und Organisierungsfreiheit sowie der freien Ausübung ihrer Kultur. Desweiteren die absehbare Kriminalisierung und Abschiebung, sowie juristische und polizeiliche Verfolgung einer ganzen Bevölkerungsgruppe und ihrer demokratischen Zusammenschlüsse.

Dies verurteilen wir in aller Schärfe und fordern:
- Weg mit dem Verbot gegen die PKK, ERNK, KURD-HA sowie der kurdischen Vereine
- Schluß mit den Waffenlieferungen und jeglicher Unterstützung für die türkische Republik
- Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes
- Solidarität mit dem Befreiungskampf des kurdischen Volkes

Aufruf eines Aktionsbündnisses für eine Demonstration am 2.12. um 17 Uhr, Bahnhof Dammtor.



Nummer 21, Dezember 1993

Anarchist Black Cross - Anarchistisches Netz

Anarchist Black Cross - Anarchistisches Netz

Vom 15.- 17. Oktober fand in Köln ein erstes Bundestreffen von anarchistischen Gruppen und Einzelpersonen statt, die am Aufbau eines ABC-Solidaritätsnetzes in Deutschland bzw. im deutschsprachigen Raum mitarbeiten wollen.
Anarchist Black Cross hier will sich, anders als die 33 in anderen Ländern schon bestehenden ABC-Gruppen, nicht nur auf die Vernetzung der Anti-Knastarbeit beschränken, sondern den Infofluß und Solidaritätsarbeit unter Gruppen ermöglichen, die sich mit Antirepressionsarbeit aller Art beschäftigen (u.a. : Pädagogik, Lebenschancen von Arm und Reich, Frauen, Männern und Tieren, Rassismus, Psychatrie, Militarismus, Arbeit, Zensur, Strafjustiz,...).
Solche Gruppen können ABC insofern nutzen, daß sie ihre Arbeit bundesweit bekannt machen können und Informationen zu ihrem Arbeitsbereich und zu anderen Themen mit denen sie sich aus Zeitmangel nicht selbst beschäftigen können, austauschen. In Notsituationen können andere ABC-Gruppen tatkräftig und durch Soliveranstaltungen helfen.
Hiermit sind also bestehende Zusammenhänge gefragt, ob sie sich -ohne Verlust ihrer Eigenständigkeit, denn die Untergruppen arbeiten autonom - zusätzlich in den Bezugsrahmen des ABC stellen wollen, um so ihre Beiträge zu einem gemeinsamen Befreiungsprozeß einzubringen. Für viele noch Vereinzelte will das ABC-Netzwerk ein Rahmen sein, der aus der Vereinzelung heraushilft.
Wir wollen den Namen der in anderen Ländern schon bestehenden Aktions- und Informationszusammenhänge, Anarchist Black Cross, übernehmen, um auch in ein internationales Netz einzusteigen, das die Diskussion und Solidarität einer bestehenden anarchistischen Bewegung vorantreibt.
Auf dem ersten ABC-Bundestreffen waren Anwesende aus 12 verschiedenen deutschen Städten, die ihre Gedanken über das Konzept und die Struktur der ABC-Organisierung austauschten. Da an einem Wochenende jedoch nur wenig geklärt werden kann, wollen wir die Diskussion über unseren Rundbrief fortführen.

Wenn Ihr in den Diskussionsprozeß einsteigen wollt oder einfach nur an weiteren Informationen interessiert seid, laßt Euch den Rundbrief schicken und meldet Euch bei
ABC Hamburg
c/o Schwarzmarkt, Kl.Schäferkamp 46, 20357 HH

VOKÜPLAN

Mo:	19.30 Hafen
	20.00 Jäpa (vegan)
Do:	19.00 Flora (vegetarisch)
	19.30 Hafen
Fr:	19.00 Flora (vegetarisch)
	19.30 Hafen
	20.00 Turm (vegetarisch)
So:	19.30 Flora (vegan , 14-tägig)
	19.00 Hafen

ADRESSEN:

Antirassistisches Telefon: 431587
B 5/B-Movie: Brigittenstraße 5, 20359 HH
Cafe und Buch, Marktstraße 114, 20357 HH
EA: 4305892, Kontakt Schwarzmarkt Mo. 12-18.00
Frau Döse: Bartelsstr. 10, 20357 HH, Tel.:4302590
Haus 3: Hospitalstr. 107, 22767 HH
Haus für alle: Amandastr. 58, 20357 HH
Jäpa: Wohlwillstr. 22, Hinterhof, 20359 HH
KSK: Kleiner Schäferkamp 46, 20357 HH
LIZ-Libertäres Zentrum: Lagerstr. 27, 20357 HH, Tel.: 4301396
Rote Flora: Schulterblatt 71, 20357 HH, Tel.: 4395413
Schwarzmarkt: Kleiner Schäferkamp 46, 20357 HH, Tel.: 446095
Störtebeker: Bernhardt Nocht Str., 20359 HH
Tante Hermine, Hafen Vokü, Ahoi: Hafenstraße
Turm, Bergiusstr. 12, 22765 HH
Volkshaus, Neuer Kamp 31, 20359 HH